

Politix

Thema Frauen
&
Uni-
versität

97 **3**

Inhalt

Thema

Frauen
&
Univer-
sität

4 Forschung in der Politikwissenschaft

Birgit Sauer

6 Am Anfang einer feministischen Transformation?

Eva Kreisky

8 Die Lehre ist männlich

Barbara Wicha

10 Im Gespräch

Iris Bubenik-Bauer

14 Das kleine Hexen-Einmaleins

Luise Luksch, Gabriele Schatzl

16 Drinnen & Draußen

Gudrun Hauer

17 Initiative Politeia

Brita Neuhold, Nadia Trallori

18 ÖGPW: Politik und Geschlecht

Sigrid Leitner

19 Frauenoffensive

Ingvild Birkhan

20 Literatur zum Thema

International

21 Auslandssemester

Dieter Hernegger

22 Vietnam: Von Hanoi bis Ho Chi Minh City

Helmut Kramer

Intern

24 Studienrichtungsververtretung

Basisgruppe

Trends

26 Mag. phil. suche Arbeit

Karin Grundböck

Briefwechsel

28 Briefwechsel @

Reaktionen unserer LeserInnen

Gastkommentar

30 Euro: Bleiben Frauen auf der Strecke?

Waltraud Kaserer

Editorial

Liebe
LeserInnen,

Wir feiern. Jubiläumsfeiern scheinen in Mode zu sein. Kaum sind „1.000 Jahre-Österreich“ vorbei, gibt es „100 Jahre Frauen“ an der Universität Wien. Bis vor 100 Jahren waren Frauen von der universitären Bildung in Österreich ausgeschlossen. Heute, im Jahr 1997, kann sich die Statistik sehen lassen: 52 Prozent aller Lehrstühle haben Frauen inne, die hierarchisch-bürokratischen Strukturen im Universitätsbetrieb existieren nicht mehr, das Rektorat wird geschlechterparitätisch ausgeübt, der administrative Bereich der Universität hat sich den männlichen Kollegen geöffnet, und die Analyse der Geschlechterverhältnisse ist selbstverständlicher Bestandteil von Lehre und Forschung ...

Die Realität ist düster. 100 Jahre Frauen an der Universität reichen bei weitem nicht aus, den Männerbund Universität radikal zu verändern. Anlaß genug, uns aus Sicht der Politikwissenschaft dem Thema „Frauen und Universität“ zu nähern. Dazu haben wir Beiträge zusammengestellt und lassen Initiativen von Frauen zu Wort kommen, die den „Malestream“ an der Universität in Frage stellen und verändern (wollen). Darüber hinaus finden Sie weitere Informationen in den Kapiteln Intern, International, Trends und Gastkommentar. Briefwechsel lautet die Rubrik unserer LeserInnen. Wir freuen uns über Ihre kritischen Meinungen und Anregungen. Nützen Sie dafür auch unsere E-Mail-Adresse!

Neues Layout. Mit dieser Ausgabe präsentiert sich Politix im völlig neuen Outfit. Die neue graphische Linie soll unsere Inhalte noch interessanter transportieren. Wir hoffen, es ist uns gelungen.

... und noch einen erfolgreichen Semesterbeginn wünscht Ihr
Redaktionsteam Politix

Wien, im Oktober 1997

Impressum

Herausgeberschaft: Institut für Politikwissenschaft und Arbeitsgruppe Moving Politics.

Medieninhaber, Verleger: Institut für Politikwissenschaft, 1090 Wien, Währinger Straße 17.

Redaktionsteam: Eva Kreisky, Luise Luksch, Maria Rösslhumer, Alexander Salzmann, Birgit Sauer, Gabriele Schatzl, Belinda Schneider, Susanne Wegscheider

Redaktionskontakt: Birgit Sauer, Institut für Politikwissenschaft, 1090 Wien, Währinger Straße 17
T +43-1-40480/684 F 40480/683

e-mail birgit.sauer@univie.ac.at

Gestaltung: sitte•wegscheider, 1080 Wien

Herstellung: Bank Austria

Auflage: 1300 Stück

Erscheinungsweise 3x/Jahr

^u
Drecksfehler Teufelchen Politix 2/97

Im Interview mit Tabita Mulyampiti sollte es statt „blood-shit“ natürlich „blood-shed“ heißen. Wir bedauern.

Frauenforschung

Geschlechterforschung

Feministische Wissenschaft

Forschung in der

Frauenforschung, Geschlechterforschung und feministische Wissenschaft sind Labels für das, was Wissenschaftlerinnen in der Politikwissenschaft - und nicht nur dort - als kritisches wissenschaftliches und politisches Projekt seit dem Beginn der siebziger Jahre im deutschsprachigen Raum ins Leben gerufen haben. Tun sich zwischen diesen drei Bezeichnungen nun Gräben auf, oder benennen sie dasselbe Projekt? Unterschiede, auf die die Bezeichnungen m.E. verweisen, lassen sich am besten durch einen kurzen Blick auf die Geschichte „feministischer Politikwissenschaft“ - ich verwende diesen Begriff als den umfassendsten, wiewohl wissenschaftstheoretisch umstrittensten - erläutern. Feministische Forschung entstand im Kontext der neuen Frauenbewegung am Beginn der siebziger Jahre.

Feministische Forschung zielte auf einen Politisierungszusammenhang,

Feministische Forschung zielt auf einen Politisierungszusammenhang, in dem Wissenschaft in die Reflexion weiblicher Praxis eingebettet ist.

in dem Wissenschaft in die Reflexion weiblicher Praxis eingebettet ist: Selbsterfahrung wurde, wie Catharine MacKinnon schreibt, zur eigentlich „feministischen Methode“ (1989: 109). Mit dem Anspruch „Das Persönliche ist Politisch“ war eine „Grenzüberschreitung“ traditioneller Politikstrukturen und -formen ebenso gemeint, wie der Hinweis auf einen unmittelbaren Theorie-Praxis-Zusammenhang in Frauenbewegung und Frauenforschung.

Feministische Forschung hatte also von Anfang an einen politischen wie auch einen wissenschaftlichen Bezug: In politischer Hinsicht bilden feministische Ansätze gleichsam ein emanzipatorisches „Projekt im Prozeß“ (Kulke 1993: 59), ein Projekt zur Befreiung von alten Denk- und Handlungsmustern sowie von Macht- und Herrschaftsstrukturen, die auf Asymmetrien zwischen den Geschlechtern basieren. Wissenschaftlich ging es darum, „Frauen“ sichtbar zu machen und die männlich dominierten Formen der Wissensgewinnung in Frage zu stellen. Frauenforschung war Forschung von Frauen und für Frauen, sie war parteilich und emanzipatorisch (Mies 1984).

Trotz des explizit politischen Anspruchs von Frauenforschung entstand eine genuin politikwissen-

schaftlich ausgerichtete Forschungsrichtung vergleichsweise spät, nämlich erst am Beginn der neunziger Jahre: Bis dahin hatte Frauenforschung sich weder innerhalb der Politikwissenschaft etabliert, noch sich der begrifflichen und kategorialen Instrumentarien des Faches bedient. In den siebziger und achtziger Jahren gab es auffallend lange kategoriale Suchbewegungen in den politikwissenschaftlichen Nachbar-disziplinen. Der Abwehrgestus der Disziplin zwang zu wissenschaftlichen Ausweichstrategien: Politikwissenschaftlerinnen mußten in Fächern wie Soziologie und Geschichtswissenschaft gewissermaßen „fremdgehen“.

Doch Gründe für diese Verspätung feministischer Politikwissenschaft liegen auch im Bemühen der Wissenschaftlerinnen selbst: Das Anliegen, Frauen „sichtbar“ zu machen, sie als „Objekte“ staatlicher Politiken zu untersuchen und die Folgen des politischen Systems für die Lebenssituation von Frauen zu analysieren, impliziert eher soziologische denn politologische Fragen und Kategorien. So fühlte sich die in den siebziger und achtziger Jahren entstandene Sozialstaatsanalyse eher

einer materialistischen Theorietradition der Arbeitssoziologie und Sozialpsychologie verpflichtet denn einer politikwissenschaftlichen Staatsanalyse. Genuin politische Prozesse, Institutionen, Werte und Vorstellungen blieben feministisch unerforscht. Der Frauenforschung der vergangenen beiden Dekaden ist es am ehesten gelungen, sich auf dem „weichen“ Terrain der Politikfeldanalyse zu etablieren. „Harte“ politikwissenschaftliche Themen wie Verwaltungshandeln, Ökonomie oder Internationale Beziehungen

duktion von Geschlechtlichkeit im politischen Handeln - einen Struktur- und einen Handlungsaspekt also.

Mit dieser gesellschaftstheoretischen Fundierung von Geschlechterverhältnissen geraten auch andere gesellschaftliche Konfliktstrukturen wie Klassenlage, Ethnizität und kultureller Hintergrund deutlicher in den Blick, als dies bei der Kaprizierung allein auf Benachteiligungsstrukturen von Frauen der Fall war.

Geschlechterforschung in der Politikwissenschaft zielt auf eine

Frauenforschung ist parteilich und emanzipatorisch. Geschlechterforschung zielt auf eine grundsätzliche geschlechtersensible Kritik zentraler Kategorien und Paradigmen der Politikwissenschaft.

Politikwissenschaft

blieben demgegenüber feministisch unterbelichtet.

Mit der disziplinären Konzentrierung politikwissenschaftlicher Frauenforschung am Beginn der neunziger Jahre korrespondiert nun ein „Paradigmenwechsel“, der mit der begrifflichen Verschiebung von der Frauen- zur Geschlechterforschung angezeigt wird. Dies impliziert einen neuen forschenden Blick, ja eine theoretische Ausweitung des feministischen Paradigmas: Nicht mehr nur die Beforschung von Frauen, sondern die Analyse von Geschlechterverhältnissen steht auf der Agenda feministischer Politikwissenschaft. Geschlecht wird als ein gesamtgesellschaftliches Netzwerk geregelter, sich wiederholender Interaktionsformen verstanden, die spezifische Werte, Normen und Handlungsmodi umfassen und das Geschlechterverhältnis als Herrschaftssystem konstituieren. Geschlecht als gesellschaftliche und politische Strukturkategorie meint ein Doppeltes: zum einen den Aspekt der in Strukturen geronnenen Zweigeschlechtlichkeit - die Geschlechterverhältnisse -, zum anderen jenen Aspekt der permanenten Produktion und Repro-

grundsätzliche geschlechtersensible Kritik zentraler Kategorien und Paradigmen der Politikwissenschaft.

Intendiert ist nicht nur eine Addition von Frauen zum Kanon der Politikwissenschaft, sondern vielmehr eine Revolutionierung der selbstverständlichen epistemologischen Grundlegungen. Wissenschaftlerinnen beginnen deshalb, sich auch mit dem „harten Kern“ der Disziplin zu befassen.

Die bequeme „Sphärenteilung“ zwischen ihrem Stammplatz behauptender Politikwissenschaft und an den Rand gedrängter Frauenforschung gerät möglicherweise nachhaltiger aus den Fugen, als manchen wünschenswert scheinen mag (vgl. Kreisky/Sauer 1995: 18), d.h. die bis dato relativ friedliche Koexistenz zwischen politikwissenschaftlichem Malestream und Geschlechterforschung könnte „gestört“ werden.

Birgit Sauer

Assistentin am Institut für Politikwissenschaft

Literatur

- Kreisky, Eva/Sauer, Birgit 1995: Die Politik der Männer - die Wissenschaft der Männer? Hoffnungen auf ein Ende des Schulterchlusses, in: Eva Kreisky; Birgit Sauer (Hrsg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Eine Einführung, Frankfurt/M.; New York, S. 9-24
- Kulke, Christine 1993: Überlegungen zu feministischen Perspektiven von Politikwissenschaft in Theorie, Lehre und Forschung. In: Rundbrief des Netzwerkes politisch und politikwissenschaftlich arbeitender Frauen und des AK „Politik und Geschlecht“ in der DVPW Nr. 3, S. 58-60
- MacKinnon, Catharine A. 1989: Feminismus, Marxismus, Methode und der Staat. Ein Theorieprogramm. In: Elisabeth List/Herlinde Studer (Hrsg.): Denkverhältnisse. Feminismus und Kritik, Frankfurt/M., S. 86-132
- Mies, Maria 1984: Methodische Postulate zur Frauenforschung, in: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis, Heft 11, S. 7-25

Am Anfang einer feministischer Trans- formation?

Gruwi-Fakultät Mit 22.528 Studierenden ist die GRUWI-Fakultät zur Zeit die mit Abstand größte Fakultät Österreichs. Der Frauenanteil unter den Studierenden beträgt 64,5 Prozent. Mit 40 besetzten ProfessorInnenplanstellen (26 Prozent vakant) und ca. 160 Mittelbauplanstellen, weist die Fakultät in Relation zu ihrer Studierendenzahl die wohl dünnste Personaldecke auf. In vielen Studienrichtungen kann daher überhaupt nur mittels externer LektorInnen der Lehrbetrieb aufrechterhalten werden. Diese strukturelle Differenz scheint nun auch für die Problemzone der Frauen- und Geschlechterforschung von Relevanz: Denn dieser Scheidelinie folgt ein wenig – neben anderen Gründen auch – die Widerständigkeit der Disziplinen gegenüber Frauen- und Geschlechterforschung - wie auf einem ewig-männlichen Trampelpfad. Es sind tendenziell eher neuere Studienrichtungen, die zumindest partiell eine bescheidene Offenheit

Als Ort grundsätzlicher Solidarität ist die Universität wohl kaum zu fassen, schon viel eher als Ort männlich-solidarischer Seilschaften.

Studien- und Arbeitsbedingungen für Frauen in der Politikwissenschaft

für Frauen- und Geschlechterforschung signalisiert haben.

Es gehört offenbar zum besonderen Paradox der Frauen- und Geschlechterforschung, daß sie sich an der GRUWI-Fakultät – wenn überhaupt – eher in jenen Bereichen etablieren konnte, in denen struktureller Mangel zum banalen und gewohnten Alltag von Studienrichtungen gehört. Planstellen- und ressourcen„arme“ Studienrichtungen sind auf kreative Notlösungen angewiesen, und nur in der „Kultur der Armut“ entstehen anscheinend auch Einstiege und Nischen für lehrende Frauen und damit auch für Themen und Fragestellungen der Frauen- und Geschlechterforschung. Planstellen- und ressourcen„reiche“ Studienrichtungen dagegen sind traditionell fest in „männlicher“ Hand, sie haben Stellen, Privilegien und Zugänge zu vergeben, ihre Attraktivität für männliche Seilschaften ist demnach gesichert, der Einbruch von Frauen wird massiv blockiert.

Strategien Die Dynamik am Institut für Politikwissenschaft war vom geschickten Umgang mit vor allem externen, prekären, behelfsmäßigen und vorübergehenden Ressourcen bestimmt. Selbst dazu bedurfte es freilich einer Allianz und Unterstützung durch (männliche) Institutsangehörige, für die Pluralität und eine gewisse Portion an Modernität im wissenschaftlichen Betrieb erstrebenswert schien. Außerdem konnte über Zusatzressourcen für Frauen- und Geschlechterforschung eine unzureichende, ja geradezu erbärmliche Instituts-Not-Konstruktion zumindest teilweise abgestützt werden. Frauen- und Geschlechterforschung wurde daher nicht nur als störend oder gar lästig empfunden, sie wurde vielmehr als relative ressourcenmäßige Stärkung und damit durchaus auch positive Entlastung und inhaltliche Ergänzung hingenommen. Und mit dieser Veränderung begann dann sukzessive auch ein – vielleicht vorerst bescheidenes – inhaltlich-theoretisches und methodisches Umdenken.

Frauen- und Geschlechterforschung hat mittlerweile am Institut einen selbstverständlichen und durchaus respektierten Platz erkämpft. Darum muß eigentlich nicht mehr gestritten werden. Alle neuen Stellen sind seit 1992 nur mit Frauen besetzt worden. Erst heuer

kommt bei einer Stellenbesetzung erstmals wieder ein Mann zum Zug.

Frauen- und Geschlechterforschung ist aber nach wie vor eine Sache von lehrenden Frauen. Noch keiner der lehrenden Männer hat bislang Fragestellungen dieser Art in der Lehre aufgegriffen. Unter den Studierenden verändert sich dies in den letzten Jahren.

Nun erkennen auch männliche Studierende einen Erkenntnisgewinn in antipatriarchaler Geschlechterforschung für ihren politikwissenschaftlichen Gesamthorizont.

Statistik Für den Zeitraum von 1984/85 bis 1994/95 sind 45,5% der Erstabschlüsse in der Studienrichtung Politikwissenschaft Frauen zuzurechnen (in Innsbruck 40,5%, Salzburg 31,3%). Bei den Dissertationen nimmt die Zahl der Frauen drastisch ab: 31,2% (Innsbruck: 20%, Salzburg: 0). Die Zahl der Studierenden ist in der Studienrichtung nicht nur laufend gestiegen, sie hat sich in 15 Jahren sogar verdoppelt (ohne einer Verdoppelung der Personal- und Lehrressourcen): von 974 im WS 1981/82 (neue Studienordnung) auf 2092 im WS 1996/97. Der Frauenanteil an den Studierenden der Studienrichtung Politikwissenschaft lag im WS 1995/96 bei 40,9% (1981/82: nur 30,3%).

Auch in der Verteilung der Lehrressourcen des Instituts spiegelt sich der Veränderungsprozeß wider: Das Institut hat im Studienjahr 1996/97 unter den LektorInnen einen Frauenanteil von 33,5% (1995/96: 31,0%). Die remunerierten Lehrauftragsstunden entfallen mit 46,3% (im Vorjahr: 41,4%) überproportional auf Frauen. Bei den nichtremunerten Lehraufträgen ist dagegen (als Teil bewußter Frauenförderung) der Frauenanteil gesunken: von 39,2

auf 23,6%. Seit 1993 hat zudem die Nominierung einer Gastprofessur aus dem Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung absolute Priorität und ist anderen Wünschen und Nominierungen vorzuziehen.

Die Kooperation zwischen den Frauen aller Kurien am Institut ist ausgezeichnet. Zudem besteht seit 1994/95 auch eine eigene Mittelbauliste, namens „Politeia“, die externe und interne Mittelbauerinnen gemeinsam gegründet haben. Aus dieser organisatorischen Vernetzung der Frauen ist auch ein wichtiges, die Frauen am Institut verbindendes Projekt im WS 1995/96 hervorgegangen, nämlich eine vom Wissenschaftsministerium geförderte Ringvorlesung der weiblichen Lehrenden am Institut über feministische Arbeitsgebiete in der Politikwissenschaft. Die Beiträge dieser kollektiven Überblicksvorlesung erscheinen demnächst als gemeinsame Buchpublikation (s. Angaben S. 17).

Ein wirklich enger Arbeits- und Forschungszusammenhang kristallisiert sich aber nunmehr erst jetzt langsam - vor allem unter den am Institut in einem Dienstverhältnis tätigen Frauen - heraus (zwei von fünf ProfessorInnen und zwei von fünf AssistentInnen): Gemeinsame Buchprojekte, Forschungsprojekte, gemeinsame Beteiligung an internationalen Netzwerken usw. festigen die Kooperationen, aber auch inhaltlichen Positionen einer feministischen Politikwissenschaft, der wir auf die Sprünge verhelfen wollen. Der Zusammenhang zwischen jenen Frauen, die im Institut tätig sind, mit jenen, die als externe Lehrende ihren Beitrag leisten, scheint mir für das Gesamtprojekt einer feministischen Transformation der Politikwissenschaft unverzichtbar. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen dies durchaus.

Eva Kreisky

Vorständin des Instituts für
Politikwissenschaft

Chronologie der Entwicklung am Institut für Politikwissenschaft Wien

70er Jahre: Engstirnigkeit und Resistenz gegenüber Frauen- und Geschlechterforschung, vielleicht sogar gegenüber einer modernen, sozialwissenschaftlich begriffenen Politikwissenschaft

1976 – 79: „Sub auspiciis“-Assistentenstelle für eine Frau – also ohne Zutun, vielleicht sogar gegen den Willen des Instituts

Ab 1978: vorerst vereinzelte externe Lehraufträge von Frauen (mit traditionellen politikwissenschaftlichen Fragestellungen; ohne Bezug zur Frauen- und Geschlechterforschung)

1982 – 92: eine ständige Gastprofessur ist mit einer Frau besetzt (allerdings ohne Engagement in der Frauen- und Geschlechterforschung)

1982: erste Habilitation einer (internen) Frau

1987: zweite (und bisher letzte) Habilitation einer (externen) Frau

Ab Ende der 80er Jahre: Die Lehre im Bereich der Frauen- und Geschlechterforschung wird durch zwei externe Universitätsdozentinnen getragen sowie einer langsam steigenden Zahl externer Lektorinnen (Finanzierung aus dem „Frauenfördertopf“)

Ab 1992: eine zusätzliche Assistentenplanstelle - geteilt auf 2 Halbtags-Vertragsassistentenstellen - wird mit zwei Frauen besetzt

1992: Ernennung einer Frau zur Honorarprofessorin (nach wie vor ist Frauen- und Geschlechterforschung auf ProfessorInnen-ebene noch nicht abgedeckt)

1993: Verankerung der Frauen- und Geschlechterforschung mit einer ständigen, aber auf 4 Jahre befristeten Gastprofessur (Stiftungsprofessur der Frauenministerin)

Seit 1993/94: regelmäßig ausländische Gastprofessorinnen am Institut

1995: Berufung einer Frau als Ordinaria für Politikwissenschaft, seither ist eine Frau auch Institutsvorstand

1996: eine weitere Assistentenplanstelle wird mit einer Frau besetzt

1996 –97: Gastprofessur „Politik der Geschlechterverhältnisse“ weitergeführt

1997/98: eine weitere ao. Professur soll mit einer Frau besetzt werden

Die Lehre

st

Das Leben von Frauen

in der Salzburger Politikwissenschaft

hat sich in den letzten 30 Jahren

kaum verändert.

männlich.

Dabei hat alles ganz gut begonnen. Nach der Philosophischen Rigorenordnung konnte man bereits vor 32 Jahren an der Salzburger Universität Politikwissenschaft studieren, vor 28 Jahren wurde ein Interfakultäres Institut (mit je einem Ordinarius aus der Rechts- und Staatswissenschaftlichen, der Philosophischen und der Theologischen Fakultät) gegründet, vor 26 Jahren wurde Politikwissenschaft bundesgesetzlich geregelt. Ein Jahr lang, zwar nur kommissarisch 1971-1972, gehörte eine Ordinaria dem Institut an.

sind 5,7 Prozent in der Professorenkurie der Geisteswissenschaftlichen Fakultät im Sommersemester 1997 bemerkenswert, real sind es auch nur drei von 53. Aber kürzer war die völlig frauenlose Zeit in der Fakultät: 1962-1967 und 1979-1983. Überflüssig, den 100-Prozent-Frauenanteil in den beiden Institutssekretariaten zu erwähnen.

Weiterhin gering ist die Attraktivität der Politikwissenschaft für Studentinnen - atypisch für Geisteswissenschaftliche Studienrichtungen, woran die Tatsache nichts

eine inskribierte Studentin gegenüber neun Studenten aus, 1982/83 immerhin 14 gegenüber 31. Laut Österreichischer Hochschulstatistik standen 1993/94 den 100 weiblichen 184 männliche Inskribierte (35 Prozent) gegenüber. Für den Instituts-Bericht 1992 bis 1994 ist der Frauenanteil allerdings kein Thema, das Alibi-Ritual des Schrägstrichs muß genügen. Recherchen in der Inskriptionsstelle beweisen für das Jahr 1996/97: Der Frauenanteil liegt immer noch unter 50 Prozent. Der Augenschein im Hörsaal täuscht.

. der frauenlose Zustand auf Professorenebene blieb bis heute ...

Seither hat sich der Institutsstatus verändert (Senatsinstitut), wurden vier Abteilungen geschaffen, aber der frauenlose Zustand auf Professorenebene blieb bis heute. Gegenüber diesem 0-Prozent-Frauenanteil

ändert, daß schon der ersten studentischen Institutsvertretung eine Studentin (Wicha) angehörte und die späteren gewählten Vertreterinnen zu den engagiertesten zählten. Die Statistik weist für 1970/71 nur

Im Vergleich zur Professoren-MANNschaft ist die Optik im Mittelbau der Politikwissenschaft besser. Statistisch. Ein Assistentenposten von fünf ist weiblich besetzt. Dank Karenz 1977-79 und Dienst-

zuteilung 1991-1997 zur Nachbesetzung frei. Gesplittet, wie der Posten eines lange beurlaubten Kollegen. In dessen Genuß kam 1980 eine Halbtagsassistentin, 13 Jahre lang, 1991 als zweite Frau am Institut habilitiert. Dissertanten- und Diplomandenbetreuung (mit ausnahmsweise nicht hinterfragter Kompetenz für Frauenthemen!) verblieb bei der ersten, 1985 durch eine 12-Männer-Kommission habilitiert. Zwei habilitierte Frauen sind gut für die Statistik, nichtpromovierte „Springerinnen“ für die Alltagsroutine besser, weil vielseitig einsetzbar, verlässlich, dankbar für halbe Posten, anfällig für Solidaritätsappelle: zugunsten männlicher Familienerhalter oder externer Lehrauftragswerberinnen. Wen wundert es, daß sich um derlei Jobs kaum noch Frauen bewerben! 1997 leidet die Optik: eine promovierte Vertragsassistentin auf einem gestückelten und eine Studienassistentin ohne Posten.

Bewußtseinsbildung hatten die Initiatorinnen der ersten Ringvorlesung „Frauenbilder, Frauenrollen, Frauenforschung“ (Wintersemester 1986/87) erhofft, engagiert in Arbeitskreisen und Tagungen, im Konzipieren von Koordinationsstellen, Netzwerken, Studienversuchen. An der Geisteswissenschaftlichen Fakultät wurden 1990 Frauenbeauftragte gewählt, eine Senatsgruppe für Frauenforschung, Frauenförderung und Frauenstudien und der Arbeitskreis für Gleichbehandlungsfragen installiert. Aber um Hausmacht und knappe Güter - Posten, Lehraufträge - wird weiter gekämpft, mit vorgeschobenen Inhalts- und Qualitätskriterien.

Das Lehrauftrags-Sonderkontingent Frauenforschung war für Salzburg stets mager (11 Stunden z.B. 1989/90), aber mancher Kommission ausreichend als Vorwand, dem Titel nach als feministisch identifizierbare Anträge (oder antragstellende Frauen) an den „Frauentopf“ abzu-

schieben. Nicht immer verhalf ein neutraler Titel zum Lehrauftrag. Die daher mühsame Bestandsaufnahme 1990 ergab an acht Geisteswissenschaftlichen Instituten in vier Jahren (Wintersemester 86/87 bis Sommersemester 1990) ganze 58 Lehrveranstaltungen mit frauenspezifischen Themen.

Politikwissenschaft rangierte damals mit nur vier Lehrveranstaltungen an vorletzter Stelle. Vom Wintersemester 1991/92 bis Sommersemester 1997, in sechs Jahren, wurden sieben explizite Frauen-Lehrveranstaltungen angeboten. Teils übernommen von den Historikerinnen, als Konsequenz aus dem Studienplan 1993: Wegen des Wahlfachs Frauenforschung im zweiten Studienabschnitt - inmitten einer exemplarischen Aufzählung acht anderer - muß ein Minimum angeboten werden. Als Additivum zur Politikwissenschaft: Denn zwei Stunden sind zu absolvieren „aus dem Wahlfach oder auch einer Lehrveranstaltung aus Politikwissenschaft“ (§4 Abs. 1. lit. e.).

Zwei habilitierte Frauen sind gut für die Statistik, nichtpromovierte „Springerinnen“ für die Alltagsroutine besser, weil vielseitig einsetzbar, dankbar für halbe Posten, anfällig für Solidaritätsappelle: zugunsten männlicher Familienerhalter oder externer Lehrauftragswerberinnen.

Ein trauriger Rest aus den Forderungen der zweiten Gesamtösterreichischen Wissenschaftertagung 1991 nach institutionalisierter Frauenforschung durch a) Möglichkeit der Fächerkombination, b) Einführung eines Studienversuchs in Salzburg oder c) Einordnung von

Frauenforschung als obligatorischer Bestandteil der bestehenden Studienpläne. Aber im Studienplan der Politikwissenschaft ist von „obligatorisch“ keine Spur: Der geforderte explizite Hinweis auf feministische Ansätze im Pflichtfach „Methoden der empirischen Sozialforschung“ fand ebensowenig eine Mehrheit wie die Aufnahme von „Frauenforschung“ in die taxative Wahlfächerliste des ersten Studienabschnitts.

Lehrveranstaltungen von der Studienkommission „ihrem Inhalt nach zuzuordnen“, macht Sinn. Zuordnung und Anrechnung von Lehrveranstaltungen aus Frauenforschung wurden vorsorglich bei den Studienplandiskussionen 1991 beantragt (Wicha). Ein Mehrheitsbeschluß zu §8 Abs. 4 hat den Antrag völlig pervertiert: „Lehrveranstaltungen aus dem Gebiet der Frauenforschung sind, soweit sie die inhaltlichen Voraussetzungen einzelner im Studienplan angeführten Lehrveranstaltungen erfüllen, auf Antrag von der Studienkommission ihrem Inhalt nach zuzuordnen und anzurechnen“. Männermehrheit als Qualitätsjury der Frauenforschung! Aber nicht nur da. Während Männer sich gegenseitig unhinterfragte Kompetenz und die „Kür“ in der Lehre zugestehen, verweisen sie Frauen vorzugsweise auf die „Pflicht“ (Bedarf!). „Lehrveranstaltung auf venia“ wird zum Kaufpreis für ein Wunschthema (aber nur, so lange es keinem Mann in die Quere kommt). Wenn das kein Thema für die vierte Frauenringvorlesung „Geschlecht und Arbeitswelten“ ist ...

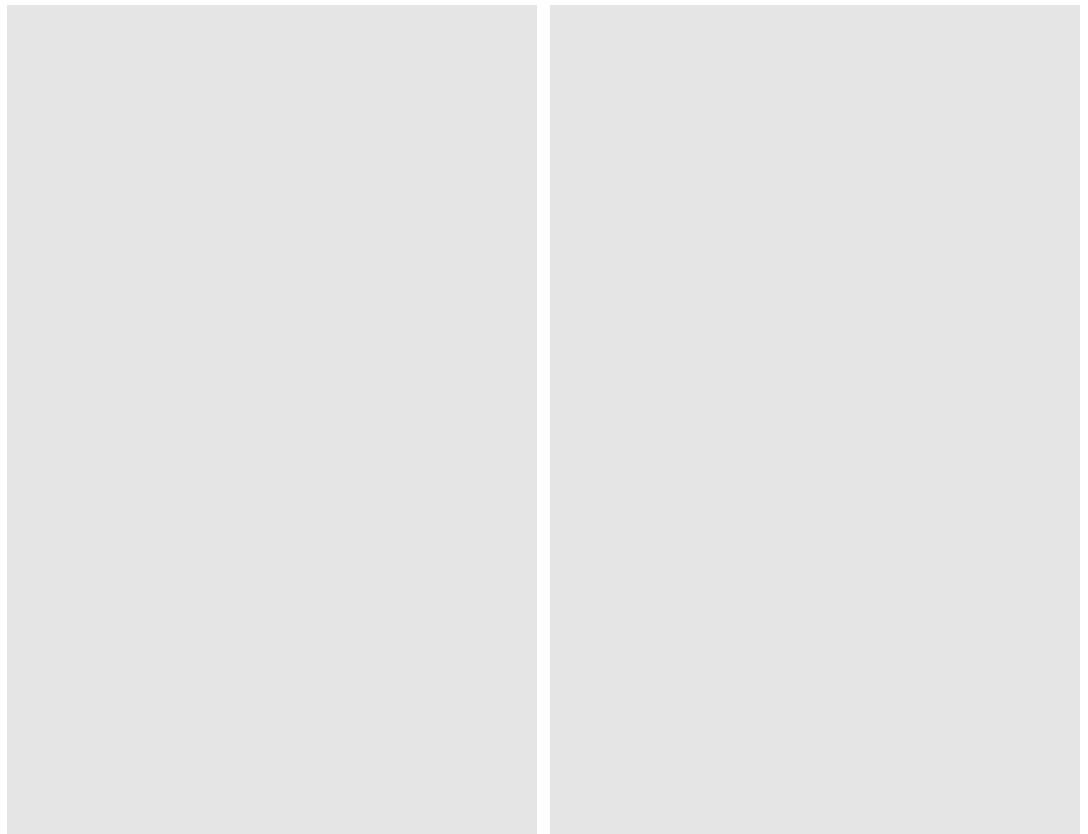
Barbara Wicha

Konsulin für Presse-, Kultur- und Wissenschaftsangelegenheiten am Österr. Generalkonsulat in Berlin

Im Gespräch mit Iris Bubenik-Bauer

Informationen

Projekt Frauenuniversität
c/o Virginia-Woolf-Verein
Horner Heerstraße 24
28 359 Bremen
Tel. 0049-0412-239 753
Fax 231 955
Kontakt:
Dr. Erika Riemer-Noltenius



Fotos: Gabi Schätzl

Iris Bubenik-Bauer ist Sozialwissenschaftlerin, langjährig engagiert in feministischer Forschung und Lehre, und Chinaexpertin. Als Mitinitiatorin des Fördervereins 'Virginia-Woolf' setzt sie sich für die Gründung einer Frauenuniversität ein. Politix traf sie zu einem Gespräch.

Wie kam es dazu, daß Sie die Idee einer Frauenuniversität unterstützen?

Bubenik-Bauer: Die Idee, die dahinter steht, ist, daß wir relativ unzufrieden sind mit dem, was es an Universitäten gibt. Ich selbst bin an der Bremer Uni seit 1981 an interdisziplinären Frauenprojekten beteiligt, und aus Erfahrung wissen wir, daß wir mehr Zeit dafür brauchen, daß Projekte als studienrelevant anerkannt werden, als für die inhaltliche Arbeit dann übrigbleibt. Aus diesen Erfahrungen heraus wollten wir etwas anderes machen. Und da ich sehr viel arbeite in China, kannte ich Projekte chinesischer Frauen, die bereits Frauenuniversitäten gegründet hatten. Das Projekt Frauenuniversität ist nicht auf den deutschen Raum beschränkt, sondern es soll eine europäische Frauenuniversität werden, die Ost- und Westeuropa einschließt.

Gibt es eine feste Gruppe von Frauen, die an diesem Projekt arbeitet?

Bubenik-Bauer: Wir haben vor Jahren eine große öffentliche Ankündigung für ein Treffen gemacht, und es kamen über hundert Frauen. Aus diesem ersten Treffen 1993 entstand dann der Förderverein Virginia-Woolf. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, europaweit schon vorhandene Initiativen kennenzulernen, sie zu vernetzen, einen gemeinsamen Diskussionsprozeß einzuleiten, um dann ein gemeinsames europäisches Projekt zu realisieren. Wir sind mittlerweile eine feste Gruppe, vorwiegend Bremerinnen und Oldenburgerinnen aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Bereichen, von der Naturwissenschaft bis zur Politikwissenschaft. Viele kommen aus der autonomen Frauenbewegung, und dann sind da noch etliche Frauen dabei, die aufgrund ihrer langjährigen Berufstätigkeit die Idee einer Frauenuni völlig einleuchtend finden, obwohl sie nicht aus einem feministischen Kontext kommen.

Welche Aktivitäten setzen Sie, wie sieht die Finanzierung aus?

Bubenik-Bauer: Die Hauptarbeit, die wir im Moment machen, ist, diese Idee publik zu machen. Wir haben ja kein Geld für Werbung, es steckt keine Industrie oder sonstige Einrichtung dahinter. Wir treffen uns regelmäßig alle acht Wochen und zusätzlich gibt es halbjährlich größere Treffen mit Frauen aus anderen Regionen. Wir bekommen dafür das Gästehaus der Universität Bremen zur Verfügung gestellt, weil der Rektor sich nicht traut, als Frauenfeind aufzutreten. Das ist schon ganz wichtig, weil die Uni die Tagung auch kostenlos für uns dokumentiert. Darüberhinaus bekommen wir freiwillige Spenden von berufstätigen Frauen, hauptsächlich aber finanzieren wir uns über Mitgliedsbeiträge.

Haben sich schon Initiativen in Österreich gebildet?

Bubenik-Bauer: Nein, noch nicht. Ich war ja jetzt in Wien zu einer Diskussionsveranstaltung eingeladen und hoffe, daß sich interessierte Frauen zusammentun werden.

Zu den erwähnten Frauenunis in China: Wie sind diese organisiert, arbeiten sie mit einem feministischen Ansatz?

Bubenik-Bauer: Das ist die Frage, wie man Feminismus definiert. Die erste Gründerin einer chinesischen Frauenuniversität habe ich 1985 kennengelernt. In China dürfen Frauen, die älter sind, die Kinder haben, die eine Krankheit haben usw. nicht an den allgemeinen Unis studieren. Frauen müssen direkt nach der Schule an die Universität. Durch die sehr rigiden Aufnahmebedingungen haben überhaupt nur 8 Prozent der Schulabgängerinnen Zutritt zu den Unis. Das Anliegen dieser Frau war also, daß auch Frauen, die ein Kind haben, die alleinerziehend sind, die schon gearbeitet haben, Zugang zu einer Universität bekommen. Durch ihr Engagement wurde die erste Frauenuni gegründet. Wir würden diese Einrichtung eine Fachhochschule nennen, denn sie bietet ein dreijähriges Studium mit Praxisanteil, und sie konnte bereits 70 Prozent der Frauen des ersten Studienganges einen Job vermitteln. Unterrichtet haben von Anfang an Männer und Frauen, alle kostenlos. Man zahlt Studiengebühren, die sind aber nicht sehr hoch. Für die erste Frauenuni haben sich tausende Frauen beworben, so daß es dann zur Gründung weiterer Frauenunis in verschiedenen Städten kam. Die Studiengebühren waren also nicht das Problem, sondern daß der Zugang zu den allgemeinen Unis verknappt ist, auch durch eine Aufnahmeprüfung, wobei Männer mit gleicher Qualifikation den Frauen vorgezogen werden. Das war vor einigen Jahren, ich fahre demnächst nach China und werde eruieren, was sich in der Zwischenzeit geändert hat.

Im Gespräch mit Iris Bubenik-Bauer

Was sind die wichtigsten Punkte, die eine Frauenuniversität von einer herkömmlichen Uni unterscheiden?

Bubenik-Bauer: Das wichtigste ist ein anderes Verständnis von Wissenschaft, kein „anything goes“, sondern daß wir Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und der Natur wahrnehmen. Wir meinen, daß ganzheitlich gearbeitet werden muß, daß Vertreterinnen der einzelnen Fachdisziplinen gleichberechtigt und gemeinsam an Problemlösungen arbeiten müssen. Obligatorisch für alle an dieser Uni Arbeitenden ist ein studium generale, denn Studierende und Lehrende sind gleichermaßen Lernende. Wenn man nicht stagniert, wie das die Unis heute tun, entwickeln sich Fragestellungen immer weiter. Und man kann nicht sagen, ich habe einmal was gelernt, und jetzt lehre ich den Rest meines Lebens. Wir sind folglich nicht dafür, daß es Lebenszeitstellen gibt, sondern daß Lehrende eingeladen werden, die Probeunterricht machen müssen. Die Studierenden entscheiden dann mit, ob es zu einer Vertragsverlängerung kommt, wie das in den USA längst der Fall ist. Das sind alles keine besonders revolutionären Sachen, aber hier bei uns sind sie revolutionär. Eine weitere Idee ist, daß Studentinnen Praktika innerhalb der Gremien der Uni machen können. Nämlich, wie funktioniert da Demokratie? Hildesheimer Studentinnen haben ein Hochschulkonzept entwickelt, in dem Modelle gleichberechtigter Zusammenarbeit zwischen Studierenden und Lehrenden diskutiert werden.

Zu den Strukturen: Wie läßt sich das realisieren, daß eine Frauenuni ohne Hierarchie auskommt?

Bubenik-Bauer: Ich denke, da kann man ganz viel aus Frauenprojekten lernen, positives wie negatives, denn wenn es überhaupt keine Strukturen gibt, heißt es nicht, daß es keine Hierarchien gibt. Aber da ist es notwendig, Modelle zu diskutieren, denn man muß ja bestimmte Strukturen vorgeben, wenn man anfängt. Wir gehen grundsätzlich davon aus, daß nichts von dem, was wir uns vorstellen, utopisch ist, daß vieles zumindest in Ansätzen oder zu bestimmten Zeiten schon existierte. Neu daran ist, daß wir davon ausgehen, daß Wissenschaft, so wie sie jetzt ist, männlich definiert ist, deswegen defizitär ist und daß unter einem feministischen Aspekt Wissenschaft eine Bereicherung erfährt für die Frauen persönlich, aber auch für die Wissenschaft selbst. Man kann nicht Frauen oder Menschen aus anderen Kulturen einfach ausschließen. Das macht sich dann auch bemerkbar in der Literatur und in den Materialien, die zur Verfügung stehen. Da finden sich viele Studierende einfach nicht wieder.

Wie steht es um die gesellschaftliche Anerkennung einer Frauenuniversität?

Bubenik-Bauer: Ich denke, daß Abwertungen immer wieder kommen werden. Das passierte zum Beispiel, als die erste Frauenbank eröffnet wurde. Inzwischen ist davon nichts mehr zu bemerken. Eine Sache wird auch immer dadurch aufgewertet, daß es nicht eine Schmutzdecke ist, sondern daß man kompetente Frauen aus unterschiedlichsten Bereichen, die in ihrem Leben etwas geschafft haben, einbindet. Wir gehen davon aus, daß Frauen, die eine lange Berufspraxis hinter sich haben, sehr viel Kompetenz, auch kritische Kompetenz mitbringen und oft keinen Rahmen vorfinden, wo sie Kritik anbringen können. Kompetenz ist nicht ausschließlich eine Sache der Wissenschaft. Darum haben wir einen Passus aufgenommen, daß Lehrende von überall her kommen müssen.

Wie sehen Sie die beruflichen Chancen nach einem Studium an der Frauenuni?

Bubenik-Bauer: Das Studium soll eine berufsvorbereitende Ausbildung sein. Praxisbezug soll ein elementarer Bestandteil sein; das ist genau das, was den Unis heute fehlt. Andererseits gehen wir nicht davon aus, daß der Mensch in Zukunft nur ein Studium machen wird. Die Vorstellung, sich einen Job zu suchen, den man dann ein Leben lang ausübt, ist nicht mehr realistisch. Es ist wichtig, das nicht nur als angstbesetzte Vision zu sehen, die ja bereits real ist, sondern auch zu sagen: „Lernen macht Spaß.“ Daher wird in unserer Vorstellung von Uni auch die eigene Persönlichkeitsentwicklung gefördert.

Das Projekt Frauenuni ist unter Frauen nicht unumstritten. Was sind die häufigsten Kritikpunkte?

Bubenik-Bauer: Ein Kritikpunkt bezieht sich darauf, daß dann alles Frauenspezifische auf die Frauenuniversität abgeschoben würde. Wir wollen jedoch keine Konkurrenz sein zu women studies an den anderen Universitäten, denn je mehr Blumen blühen, desto besser. Wir stellen uns hier auch Kooperationen mit Kolleginnen von anderen Unis vor.

Zum Teil kommt Kritik von Frauen, die dem Radikalfeminismus von Anfang an kritisch gegenübergestanden sind, die zwar Frauensachen machen wollen, aber gleichzeitig volle inhaltliche Anerkennung von den männlichen Kollegen erwarten. Dann kann man sich natürlich nicht für eine Frauenuni engagieren.

Wann rechnen Sie mit der Umsetzung des Projektes? Welche Hürden sind noch zu nehmen?

Bubenik-Bauer: Ich gehe davon aus, daß wir fünf Jahre brauchen, um diese Idee nicht nur als Idee von ganz wenigen zu haben, sondern daß sie von einer Masse getragen wird. Dazu sind viele Vorarbeiten notwendig, wofür wir mittlerweile Ausschüsse gebildet haben, in denen Finanzierungsfragen, Organisationsformen, Lobbying, Fragen der Anerkennung usw. diskutiert werden. Dafür braucht es schon noch Zeit. Je mehr wir sind, desto besser.

Wie sehen die Reaktionen von männlichen Kollegen aus?

Bubenik-Bauer: Einige meinen, sie können gleich mitmischen. Andere sind voll Haß, haben ein Engagement im negativen Sinne. Die meinen, Wissenschaft sei objektiv und hat nichts mit dem Geschlecht zu tun. Aber die hat es immer gegeben und wird es wohl auch immer geben. Einige Kollegen erkennen aber, daß sich die männliche Wissenschaft im Kreis dreht, daß da nichts Neues kommt. Interessierte Männer können die Frauenuniversität fördern, aber nicht selbst teilnehmen – so ist der derzeitige Diskussionsstand.

Danke für das Gespräch.

Die Fragen stellten Maria Rösslhuber und Susanne Wegscheider
Studentinnen der Politikwissenschaft

Argumente

- Frauenuniversitäten eröffnen Frauen neue Räume und damit Gestaltungsspielräume zur Veränderung der Geschlechterkultur.
- Die Frauenuni lebt aus einem Widerspruch: Nämlich als Universität der Frauen dann überflüssig zu sein, wenn es nichts Besonderes und Benachteiligendes mehr ist, als Frau in dieser Gesellschaft und in dieser Welt zu leben.
- Die Frauenuniversität wird ihre Studierenden in einem wohldefinierten Sinne auswählen müssen. Eine Universität der Besten schließt eine Selektion des Zugangs nach Leistungskriterien ein, nicht aber ein sozial elitäres Auswahlverfahren. Frauen aus bildungsfernen sozialen Milieus und Nicht-Deutsche sollten begünstigende Zulassungsregeln vorfinden.
- Eine Frauenuni kann dem befürchteten Zusammenhang von Feminisierung und Entwertung dann entgegen, wenn sie exzellente Bedingungen für Studierende und WissenschaftlerInnen herstellen kann.
- Bereitstellung öffentlicher Gelder für Frauenunis bedeutet eine Umverteilung der gesellschaftlichen Ressourcen und damit eine gerechtere Verteilung auf beide Geschlechter.
- Die Öffnung für männliche Studierende und Lehrende ist als Perspektive denkbar, da die Idee der Frauenuni die Bindung an das Geschlecht und den Androzentrismus in der wissenschaftlichen Ausbildung konkret überwinden will.

Zum Weiterlesen: Sigrid Metz-Göckel: Eine Frauenuniversität im Wettbewerb der Hochschulen;
in: Sabine Lang; Birgit Sauer (Hg.): Wissenschaft als Arbeit – Arbeit als Wissenschaftlerin. Frankfurt/M.;New York 1997

Wehe,
wenn sie
losgelassen!

Frauenfreiräumen und in den letzten Jahren an der Universität Wien profitieren zu können. Der Grund für ein größeres Interesse am Besuch von Frauenräumen ist, nach unserer Annahme, ein steigendes Bewußtsein unter Frauen, welche sich mit der Materie befaßt haben, für die herrschende Diskriminierung von Frauen und dem Verlangen nach

Frauen seien, dividieren sich Lesben doch ganz von selbst aus dem Konzept Frau heraus.

Diese Differenzen wurzeln, aus unseren Erfahrungen, in den unterschiedlichen Zugängen zu „Frau“, „Frau-Sein“ und „Feminismus“, die Lesben und Heteras haben. Wir beobachten, daß Heteras von Lesben stark gemustert werden. Zuallererst wird ihnen Mißtrauen entgegengebracht, sie werden mit Skepsis aufgenommen. Einer der Gründe dafür ist der Vorwurf, daß Heteras patriarcha-

Das kleine Hexen

Mit dem Bewußtsein, uns an ein viel umstrittenes Thema heranzuwagen, möchten wir trotzdem einen Blick aus der Sicht von Konsumentinnen von Frauenräumen auf diese und deren Bedeutung für uns werfen.

Frauenräume als Räume, wo sich Frauen mit Frauen treffen, diskutieren und feiern können, ungestört von männlichen Normen und Gewalt. Unser Wissen über die Entstehung solcher Freiräume beschränkt sich einerseits auf die zurückliegenden Jahre ihrer Existenz, welche bei einigen schon fast 15 an der Zahl betragen, und andererseits auf die Trägerinnen dieser Projekte, die vor allem lesbische Frauen sind und waren, die sich in der autonomen Frauenbewegung vehement und ohne viel Kompromisse einzugehen, für mehr Rechte für Frauen einsetz(t)en. Wir, als Frauen und Studentinnen, haben nun die Möglichkeit, von einem reichhaltigen feministischen Angebot in den erwähnten

Veränderung nicht nur auf gesetzlicher, sondern auch auf persönlicher Ebene.

Wer ist nun in diesen Frauenräumen anzutreffen? Im Laufe der Zeit haben sich einige Frauengruppen herauskristallisiert, die diese Räume dominieren. Es sind Frauen, die politisch aktiv sind, in Frauenprojekten arbeiten und diese Räume quasi zu einem „Refugium“ für ihre Kolleginnen gemacht haben. Und genau an dem Punkt scheiden sich auch die Geister!

Vielen Heteras (= Szenejargon: heterosexuelle Frau) scheint es, als seien sie in diesen Lesben/Frauenräumen nur geduldet, weil sie ja „Frauen sind und keine Lesben“. So manche Hetera stellt sich daraufhin die Frage, ob denn Lesben keine

les Bewußtsein mitbringen, welches solche Räume gefährden könnte.

Die Projektion von diversen Bildern wird, aus unserer Sicht, als Schutz„schild“ von Lesben und Heteras benutzt: Heteras würden die Ausgrenzung von Männern prinzipiell als illegitim empfinden und sehen diese nicht als zielführend an. Lesben seien von vornherein unkooperativ und verstünden jede Auseinandersetzung als Angriff gegen das, wofür sie kämpfen, und als Anzweiflung der Wichtigkeit von Frauen-Frei-Räumen! Die Spirale dreht sich, es wird weiterhin gegenseitiges Mißtrauen produziert. Ein zentraler Schnitt, der Frauen am stärksten trennt, ist, unserer Meinung nach, jener der Sexualität. Wird auf der Seite von lesbischen

Frauen jegliche persönliche Verbindung zu Männern verneint, so versuchen heterosexuelle Frauen ihr Anliegen nach Verbesserung der zwischengeschlechtlichen gesellschaftlichen Situation wiederum in den feministischen Diskurs hineinzutragen. Im Konkreten, so bemerkten wir, äußern sich diese oft aneinanderreibenden Einstellungen in der Gestaltung und Frequentierung von politischen und kulturellen frauenspezifischen Aktivitäten und Räumen. Argumentieren sowohl viele lesbische als auch heterosexuelle Frauen, sie wollen dem Weiblichkeitsbild unserer Gesellschaft so wenig wie möglich entsprechen, so leben sie ihren Widerstand in unterschiedlichen Lebenszusammenhän-

Mißtrauen nicht aus der Luft gegriffen und stammen aus Ereignissen mit konkreten Zusammenhängen, wo es um genau diese unterschiedlichen Anschauungen geht, welche für die eine oder andere Seite oft unangenehme Ergebnisse zur Folge hatte.

Die Definition von lesbischen Frauen stammt ursprünglich aus der heterosexuellen Begriffsbestimmung. Die Eigendefinition „Lesbe“ leitet sich von der zweiten Frauenbewegung ab und umfaßt nicht nur die Sexualität, sondern auch ein politisches Lebenskonzept.

Ein interessanter Aspekt, finden wir, ist die Tatsache, daß Frauen, egal ob sie lesbisch oder heterosexuell sind, immer über eine männlich

Frauen, egal ob sie
lesbisch oder
heterosexuell sind,
sie werden immer
über eine männlich

einmaleins.

gen und äußern diesen in ihrem jeweiligen Rollenverständnis.

Kennt frau einander noch nicht und betritt einen Frauenraum, so kann, wie so oft, der erste Eindruck entscheidend für ein weiteres Kennenlernen sein. Verräterin oder Radikale, Sympathisantin oder Querdenkende usw. In diesem großen Ordnungsschema lassen sich in die Tiefe gehend weitere differenzierende Details an Stereotypisierungen verfolgen, auf die wir hier nicht näher eingehen wollen. Fest steht für uns, daß darauf aufbauend auseinanderdividierende Vorurteile entstehen können und Frauen so einander mehr entfremden als zueinander bringen.

Natürlich sind viele mit diesen Bildern verbundene Ängste und

dominierte Gesellschaft gesehen und verstanden werden und auch sich selbst so sehen und verstehen; diesen Blick glauben wir auch in Frauenräumen zu erkennen. Dies bedeutet für uns, daß wir unsere Energie erneut in eine von Männern bestimmte Sichtweise stecken, egal ob wir sie ablehnen oder teilweise annehmen wollen, wir beziehen uns immer wieder auf sie! Andererseits ist der Anspruch, Frauenräume als machtfreie und aus gesellschaftspolitisch wirkenden Strukturen entho-ben zu betrachten, als nicht realisierbar anzusehen. Frauenraum ist ungleich Frauenidylle.

Luise Luksch und Gabriele Schatzl
Studentinnen am Institut
für Politikwissenschaft

dominierte Gesell-
schaft gesehen und
verstanden, und sie
sehen sich auch
selbst so.

Drinnen & draußen

Lesbenforschung
soll die Gesellschaft
verändern

Lesbenforschung als junge Wissenschaftsdisziplin ist vorwiegend außerhalb des traditionellen, weitgehend männlich geprägten Wissenschaftsbetriebes angesiedelt. Ohne die neue autonome Frauenbewegung und ohne die moderne Lesben- und Schwulenbewegung gäbe es sie nicht in dieser Form. Vor allem in den Vereinigten Staaten mit einer starken lesbisch-schwulen BürgerInnenrechtsbewegung ist sie in der Form der „Lesbian and Gay Studies“ an einzelnen Universitäten verankert und kann dort als eigener, interdisziplinär orientierter Studien-zweig studiert werden (ähnlich

Lesbenforschung ist Forschung „in progress“ und zugleich Politik.

wie die „Women Studies“ oder die „Black Studies“). In Europa sind die Niederlande mit ihren „Homostudies“ bis jetzt die einzige rühmliche Ausnahme geblieben. Hier muß jedoch gefragt werden: Bedeutet Anerkennung durch den Wissenschaftsbetrieb nicht zugleich auch Verflachung und Entradikalisierung? Das Beispiel der feministischen Forschung versus Frauenforschung sollte uns zu denken geben!

Was ist überhaupt Lesbenforschung? In ihr ist – im Idealfall – die Trennung des Forschungsobjekts vom Forschungssubjekt aufgehoben.

Im Klartext: Lesbenforschung wird von Lesben betrieben; Männer sind qua definitionem ausgeschlossen. Das Spannungsverhältnis zwischen forschenden und beforschten Lesben ist ein wichtiger – und reflektierter – Bestandteil des Forschungsprozesses.

Lesbenforschung ist parteilich – Kategorien wie Neutralität, Objektivität etc. werden abgelehnt. Ebenso Definitionen der weiblichen Homosexualität als abweichend, krank, pervers, unnatürlich und wie auch immer alle homophoben Begriffsbildungen lauten mögen. Ihr Motto: Lesbisch-Sein ist normal und schön – ein brisanter Satz gerade in Österreich, in der bis zum 1. März diesen Jahres die „Werbung für Unzucht mit Personen des gleichen Geschlechts oder mit Tieren“ (§220) strafbar war. Lesbenforschung soll verändern – die politische Wirklichkeit ebenso wie uns Lesben selbst als Subjekte unserer eigenen Geschichte. Lesbenforschung ist interdisziplinär und umfaßt alle Wissenschaftsdisziplinen, wenn auch die Gesellschaftswissenschaften stark dominieren.

Welche Funktionen kann und soll Lesbenforschung im Universitätsbetrieb erfüllen? Natürlich stellt sie Identifikationsangebote für lesbische Studentinnen bereit, die ein Stück weit die eigene Sozialgeschichte als Gruppe erforschen können und das gesellschaftliche/politi-

sche Schweigen über Lesben als eine zentrale Diskriminierungsform brechen können. Aber sie begnügt sich nicht damit, sondern geht weit darüber hinaus. Der „eigene Blick“ der Lesbenforschung analysiert die politische, gesellschaftliche Wirklichkeit, das Verhältnis der Geschlechter, die politische Dimension der Sexualität, die Rollen und Funktionen des Frau-Seins im Patriarchat mit Begriffen wie Zwangsheterosexualität und Heterosexismus. Nicht nur das Ausfüllen bislang „blinder Flecken“ oder das Verringern von Mängeln in der Forschung spielt die wichtigste Rolle, sondern die Frage, wie Herrschaft über Frauen aufrechterhalten wird und wie Solidarisierung von Frauen, die in gemeinsamem politischem Handeln mündet, erreicht werden kann. Lesbenforschung ist also Forschung „in progress“ und zugleich Politik. Sie soll die Gesellschaft verändern, und das politische, gesellschaftliche Handeln der Beteiligten verändert wiederum die Forschung. Und letztendlich nützt sie damit allen Frauen. Nicht nur Lesben.

Gudrun Hauer

Lehrbeauftragte am Institut für Politikwissenschaft, Chefredakteurin der „anschläge“, Feministisches Magazin für Politik, Arbeit und Kultur (ausgezeichnet mit dem Prof. Claus Gatterer-Preis 1997).

Bei den Mittelbauwahlen 1994 kandidierte mit der INITIATIVE POLITEIA eine feministische Liste, die – zur eigenen Überraschung – den ersten Platz erobern konnte und seither an den Entscheidungen des Instituts mitwirkt. Ihr Programm nennt folgende Inhalte und Ziele.

- Aufgreifen aktueller gesellschaftspolitisch und international relevanter Problem- und Fragestellungen in der Lehre; Einbeziehung neuer theoretischer und methodischer Ansätze
- Integration feministischer Theorien, Methoden und Inhalte in das gesamte Lehrangebot und deren Verankerung im Curriculum
- Überprüfung von Lehrinhalten/Methoden auf sexistische Tendenzen
- Verstärkung des Praxisbezugs der Lehre, z.B. projektorientierte Proseminare/Seminare sowie im allgemeinen durch eine stärkere Verbindung von Methode und Inhalt in den Lehrveranstaltungen
- Weiterentwicklung der Hochschuldidaktik
- Etablierung des gleichen Anteils von Frauen und Männern unter den Lehrenden auf allen institutionellen Ebenen
- Sicherstellung von Transparenz und Umsetzung inhaltlich-methodischer Kriterien bei Vergabe und Remuneration von Lehraufträgen
- Zusammenarbeit mit StudienrichtungsvertreterInnen und Basisgruppen bei der Planung von Lehrangeboten und Lehrinhalten.

Feste Mandate erhielten die Autorinnen dieses Beitrags, Nadia Trallori und Brita Neuhold. Da im Jahr 1995 Studienkommission (STUKO) und Institutskonferenz (IK) jeweils gemeinsam tagten, konnten wir zunächst POLITEIA-Standpunkte in

beiden Gremien verfolgen; seit 1996 konzentrieren wir uns auf die IK, und Regina Köpl ist unsere Vertreterin in der STUKO. POLITEIA wurde auch sonst mehrfach aktiv: Wir verfaßten eine sehr kritische Stellungnahme zum Uni-Studiengesetz, in der wir nicht nur dessen nachteilige Auswirkungen auf die feministische und frauenorientierte Forschung hervorhoben, sondern nachdrücklich die dem Konzept zugrundeliegende Bildungs- und Wissenschaftspolitik zurückwiesen. Nachdem die für die gesamte Universität verheerenden Bestimmungen des Sparpakets bekannt gemacht worden waren, protestierte POLITEIA gegen den Ausverkauf der universitären Forschung und Lehre, insbesondere vom Standpunkt der externen Lehrbeauftragten aus. Während des Streiks beteiligten sich VertreterInnen von POLITEIA intensiv an den Gesprächen und Veranstaltungen, u. a. in der neu gegründeten Interessengemeinschaft externer LektorInnen und freier WissenschaftlerInnen. Darüber hinaus versucht POLITEIA unter den Lektorinnen die Vernetzung zu verstärken und Möglichkeiten einer festeren Verankerung ihres Programms innerhalb der Institutspolitik zu erörtern. Eine gute Gelegenheit, die

eigenen inhaltlichen Anliegen einer größeren Öffentlichkeit vorzustellen, ergab sich für uns mit einer Ringvorlesung im WS 95/96 („Überblick über Arbeitsgebiete der feministischen Politikwissenschaft“), die in einem Skriptum sowie in einem demnächst erscheinenden Buch veröffentlicht wird.*

Gegenwärtig werden die frauenorientierten und feministischen Sichtweisen von POLITEIA, die sich auf personelle Entscheidungen und auf Forschungs- und Lehrinhalte beziehen, insbesondere durch die Institutsvorständin unterstützt und gestärkt. Auf der anderen Seite gehen die Möglichkeiten der breit angelegten Mitbestimmung aufgrund des neuen Bundesgesetzes über die Organisation der Universitäten (UOG '93) drastisch zurück. Diese demokratiepolitisch äußerst problematische Entwicklung wird sich vermutlich in Zukunft noch zuspitzen, was für Frauen und die Initiative POLITEIA zwangsläufig neue – alte – Kampffelder eröffnet.

Nadia Trallori und Brita Neuhold
Lektorinnen am Institut
für Politikwissenschaft

**E. Kreisky/B. Sauer (Hsg.): Geschlecht und Eigensinn. Feministische Recherchen in der Politikwissenschaft, Böhlau Verlag*

Initiative Politeia

Feministische Mitbestimmung
im Mittelbau

Politik und Geschlecht in der ÖGPW

Neue Sektion in der
Österreichischen
Gesellschaft für
Politikwissenschaft.

Am 26. Juni 1996 fand das Gründungstreffen der Sektion „Politik und Geschlecht“ in der Österreichischen Gesellschaft für Politikwissenschaft (ÖGPW) statt. Ziel der Einrichtung eines feministischen Forums innerhalb der Politikwissenschaft war und ist zum einen die Institutionalisierung einer Diskussionsplattform für feministische Politikwissenschaftlerinnen. Zum anderen soll durch die Organisation von Vorträgen, Podiumsveranstaltungen, Workshops oder auch (symbolischen) Aktionen eine breitere Öffentlichkeit für feministische Anliegen sensibilisiert werden.

Eingestimmt durch ein Impulsreferat von Alice Prabitz beschäftigte sich die Sektion zunächst mit dem Thema „Männersprache – Frauensprache“. Es ging um die einschlägig bekannte feministische Kritik an scheinbar geschlechtsneutralen sprachlichen Ausdrucksformen und um männliche wie weibliche Strategien im Sprachverhalten. Diese Diskussion bildete die Grundlage für eine grundsätzliche Auseinandersetzung mit den Statuten der ÖGPW, die sich über mehrere Sektionstreffen hinweg erstreckte und schließlich zu einem Antrag der Sektion auf Statutenänderung führte.

Neben umfangreichen formal-linguistischen Kritikpunkte, die von der ÖGPW ohne Zögern geändert wurden, ging es den Sektionsfrauen vor allem darum, eine Quotenregelung (mindestens 50 Prozent

Frauen) bezüglich der Zusammensetzung des Vorstandsgremiums in den Statuten festzuschreiben. Hier kam es zu beträchtlichen Widerständen während der ÖGPW-Generalversammlung Mitte Dezember 1996. Es entwickelte sich eine intensive, von einigen hitzigen Einwüfen charakterisierte, zweistündige Diskussion im Plenum, der ein abgestuftes Abstimmungsverfahren folgte:

1. Abstimmung über die Annahme der neuen Statuten unter Ausklammerung der Bestimmungen über die Zusammensetzung des Vorstandsgremiums – *angenommen*.
2. Abstimmung über eine 50 Prozent-Quote – *abgelehnt*.
3. Abstimmung über eine 40 Prozent-Quote – *angenommen*.

Damit ist für die Zusammensetzung zukünftiger Vorstandsgremien ein Frauenanteil von mindestens 40 Prozent garantiert. Die Sektion freut sich sehr über dieses Ergebnis. Im Oktober des Vorjahres veranstaltete die Sektion einen (sehr gut besuchten) öffentlichen Vortrag von Sonja Rauschütz zum Thema „Kommunikationsstrategien durchschauen: Coaching für Frauen“, und im Jänner stand ein Informationsabend anlässlich des Frauenvolksbegehrens am Sektionsprogramm: Dr. Christa Pözlbauer, Mitinitiatorin des Frauenvolksbegehrens, berichtete über Hintergründe und strategische Vorgehensweisen. Einige Sektionsfrauen erklärten sich bereit, an der Wirtschaftsuniversität (Gabriele Michalitsch) und an der Hauptuni

(Moving Politics) Informationsveranstaltungen zum FrauenVolksbegehren zu organisieren.

Anfang April wurden von Gabi Schatzl Vertreterinnen unterschiedlicher autonomer Frauenprojekte zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. Titel der Veranstaltung: „Neuorientierung von autonomen Frauenprojekten: Zwischen finanziellen Restriktionen und politischem Anpassungsdruck“. Ebenfalls im April hielt Ute Behning von der Freien Universität Berlin einen Vortrag zum Thema „Entwicklung der feministischen Sozialstaatskritik – von der Frauen- zur Geschlechterforschung. Mit einem Plädoyer für ein (‘geschlechtsloses’) Leitbild in der Sozialpolitik“.

Zwei größere Aktionen sind für den Herbst 1997 geplant: zum einen eine Vortragsreihe mit feministischen Politikwissenschaftlerinnen aus Osteuropa, die sich mit Veränderungen im Geschlechterverhältnis durch gesellschaftliche Transformationsprozesse beschäftigen; zum anderen ein interdisziplinärer Workshop (Politikwissenschaftlerinnen, Ökonominen, Soziologinnen) zum Thema „Frauen am Arbeitsmarkt“. Die Sektion „Politik und Geschlecht“ zählt derzeit 37 Frauen; weitere Interessierte sind jederzeit willkommen!

Sigrid Leitner

Politikwissenschaftlerin,
dzt. Scholarin am Institut
für Höhere Studien, Wien

Frauen offensive

Die Interuniversitäre Koordinationsstelle für Frauenforschung Wien stellt sich vor.

Mit etwas Rückstand im internationalen Vergleich hat auch in Wien Frauenforschung sowohl als wissenschaftlicher Schwerpunkt im Rahmen der Fächerkombination als auch als Teilgebiet verschiedener Studienrichtungen Einzug gehalten. Anfängliches Ziel war, feministische Aspekte in möglichst vielen Studienrichtungen zu integrieren und nicht den Akzent auf vereinzelte Professuren oder Einrichtungen zu legen. Damit sollte unter anderem der Gefahr einer Ghettoisierung vorgebeugt werden, wobei der Diskussionsprozeß zu den Vor- und Nachteilen dieser Entwicklung noch lange nicht abgeschlossen ist.

Entstehungsgeschichte.

Die oben skizzierten Umstände machten die Errichtung von Koordinationsstellen notwendig, die im Jahr 1993/94 in Wien, Graz und Linz gemäß § 83 UOG 75 unter Bindung an eine interuniversitäre Struktur erfolgte. Die spezifisch österreichische Entwicklung wurde insbesondere durch drei Faktoren begünstigt: die im UOG 75 vorgesehene Möglichkeit zur Fächerkombination anstelle eines Zweitfaches, die Existenz eines Sonderkontingents für Lehraufträge im Bereich der Frauenforschung sowie ein breites Spektrum an Universitätslektoren, die bis '96 in Österreich relativ gute Bedingungen vorfanden.

Das Aufgabengebiet der Wiener Koordinationsstelle ist vor diesen Entstehungshintergrund äußerst vielfältig und kann in diesem Artikel nur im Überblick dargestellt werden. **Angebote.** Das Angebot reicht vom Aufbau einer österreichweiten Datenbank feministischer Forscherinnen und einer Präsenzbibliothek in- und ausländischer Zeitschriften über die Herausgabe einer eigenen Informationszeitschrift bis zu großangelegten Informationsveranstaltungen und Symbiosen wie z. B. Race-Gender: Das dreifache Dilemma der Differenzen; M.P. Boethius, Frauen, Macht und Politik in Schweden. Wesentliches Ziel ist bei allen Veranstaltungen die Koordination der interfakultären und interuniversitären Zusammenarbeit, so zum Beispiel im Rahmen des Ringseminars „Körper – Geschlecht – Geschichte“ oder der kunstgeschichtlichen Gender-Ringvorlesung der Hochschule für angewandte Kunst in Wien und der Universität Wien. Ebenso wird die Förderung eines Dialoges mit außeruniversitären Institutionen mit frauenspezifischer Forschung wie auch die Einbindung externer feministischer Lehrbeauftragter kontinuierlich angestrebt. Zusätzlich stehen Maßnahmen im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit im Vordergrund. Dazu zählen Presseaufträge, Interviews,

Aufbau und Pflege internationaler Kontakte sowie Veranstaltungsreihen und Einführungskurse (z.B. Lady-on-Line), die ein breites Publikum ansprechen sollen oder die Herausgabe des Bandes Feministische Kontexte.

Zukunft. Offene Probleme der internen Orientierung der Koordinationsstelle betreffen nicht selten die Balance zwischen Aktion und Reaktion und die Prioritätensetzung angesichts eines weitgespannten Bogens an Erwartungen. Als gravierende „von außen“ kommende Problematik zeichnen sich die Rückschläge durch die Eingriffe des Sparpaketes ab. Vor allem die Reduktion der externen Lehraufträge - die einen Eckpfeiler der Gender-Studies bilden - bedeutet eine Gefährdung für das Angebot und macht neue Formen der Institutionalisierung und der Nachwuchsförderung notwendig. Als besondere Herausforderung stellt sich das Anliegen der Verankerung von Frauenforschung in den laut UniStG neu zu erstellen Studienplänen. Damit ist zuletzt ein Appell vorgebracht, der sich an die aktive Teilnahme aller richtet.

Ingvild Birkhan
Leiterin der Koordinationsstelle

Weitere Mitarbeiterinnen:
Margit Baier, Susanne Rieser,
Sabine Strasser

(UOG=Universitätsorganisationsgesetz;
UniStG= Universitätsstudiengesetz)

Literatur

Geschlechterforschung

Frauenforschung

ACKERMANN, Robert John: Heterogenities. Race, Gender, Class, Nation, and State. Amherst 1996

ARMBRUSTER, L. Christof; STEINHILBERS, Marlene (Hg.): Neue Horizonte? Sozialwissenschaftliche Forschung über Geschlechter und Geschlechterverhältnisse. Opladen 1995

BECKMAN, Peter R.; D'AMICO, Francine (Ed.): Women, Gender, and World Politics. Perspectives, Policies, and Prospects. Westport/C., London 1994

BIRSL, Ursula: Rechtsextremismus: weiblich – männlich? Eine Fallstudie zu geschlechtsspezifischen Lebensläufen, Handlungsspielräumen und Orientierungsweisen. Opladen 1994

BM F. FRAUENANGELEGENHEITEN:

Bericht über die Situation der Frauen in Österreich. Frauenbericht 1995. Wien 1995

CLARK, Alice W. (Ed.): Gender and Political Economy. Explorations of South Asian Systems. Oxford 1994

DUERST-LAHTI, Georgia; KELLY, Rita Mae (Ed.): Gender Power, Leadership and Governance. Michigan 1995

DUKE, Lois Lovelace (Ed.): Women in Politics. Outsiders or Insiders? New Jersey 1993

FEIGL, Susanne: Women in Austria 1985-1995. Wien 1995

FRANZWAY, Suzanne; COURT, Dianne; CONNELL, R.W. (Ed.): Staking a Claim. Feminism, Bureaucracy and the State. Cambridge 1989

FRIEDRICH, Petra; STEINRÜCKE, Margareta (Hg.): Soziale Ungleichheit und Geschlechterverhältnisse. Opladen 1993

GINSBURG, Faye; RAPP, Rayna (Ed.): Conceiving the New World Order. The Global Politics of Reproduction. Los Angeles, London, Berkeley 1995

GOULD, Carol C. (Ed.): Gender. Key Concepts in Critical Theory. New Jersey 1997

KLENKE, Karin: Women and Leadership: A Contextual Perspective. N.Y. 1996

KONRAD, Helga (Hg.): Frauenwirtschaftskonferenz. Eine Dokumentation der Veranstaltung der BM für Frauenangelegenheiten vom 24. Juni 1994. Wien 1995

KREISKY, Eva; SAUER, Birgit (Hg.): Feministische Standpunkte in der Politikwissenschaft. Frankfurt, New York 1995

KULAWIK, Teresa; SAUER, Birgit: Grundlagen feministischer Politikwissenschaft. Frankfurt 1996

LEWIS, Reina: Gendering Orientalism. Race, femininity and representation. London New, York 1996

MAIHOFER, Andrea: Geschlecht als Existenzweise. Macht, Moral, Recht und Geschlechterdifferenz. Frankfurt 1995

MOLITOR, Ute: Wählen Frauen anders? Zur Soziologie eines frauenspezifischen politischen Verhaltens in der BRD. Baden-Baden 1992

NELSON, Barbara (Ed.): Women and Politics World-wide. New Haven & London 1994

PHILLIPS, Anne: The Politics of Presence. From a politics of ideas to a politics of presence? New York 1995

SACKSOFSKY, Ute: Das Grundrecht auf Gleichberechtigung. Eine Rechtsdogmatische Untersuchung zu Artikel 3 Abs. 2 des Grundgesetzes. Baden-Baden 1996

SCHAEFFER-HEGEL, Barbara; FOSTER, Helga; LUKOSCHAT, Helga: Frauen mit Macht. Zum Wandel der politischen Kultur durch die Präsenz von Frauen in Führungspositionen. Pfaffenweiler 1995

SEEMANN, Birgit: Feministische Staatstheorie. Der Staat in der deutschen Frauen- und Patriarchatsforschung. Frankfurt 1996

SHANLEY, Mary Lyndon; PATEMAN, Carole (Hg.): Feminist Interpretations and Political Theory. Minnesota 1991

RUESCHEMEYER, Marilyn (Ed.): Women in the Politics of Post-communist Eastern Europe. New York 1994

STIENSTRA, Deborah: Women's Movements and International Organizations. London 1994

WALBY, Sylvia: Theorizing Patriarchy. Oxford 1990

WERLHOF, Claudia von; SCHWEIGHOFER, Annemarie; ERNST, Werner W. (Hg.): Herren-Los. Herrschaft. Erkenntnis. Lebensform. Frankfurt, Berlin, Bern, N.Y., Paris 1996

WITWORTH, Sandra: Feminism and International Relations. Towards a Political Economy of Gender in Interstate and Non-Governmental Institutions. N.Y. 1994

Auslandssemester

Das Joint-study-Programm

umfaßt

Abkommen zwischen einzelnen Unis, die sich gegenseitig Studienplätze zur Verfügung stellen. Gerade das englischsprachige Ausland ist dabei besonders begehrt, was wohl mit der Sprache wie auch der Attraktivität dieser Länder für junge Menschen zu tun hat.

Leider ist es gerade für eine mittlereuropäische Massenuniversität zunehmend schwieriger, attraktive Partnerunis zu bekommen. Das hat mindestens zwei Gründe: Erstens steht ein Studienplatz in Wien im Vergleich zu einer US-Privatuni vom Angebot und der Betreuung her in keinem Verhältnis zum Aufwand pro Person (der dort auch teuer abgegolten werden muß), und zweitens konzentrieren sich anglo-amerikanische Unis mehr und mehr auf die aufstrebende Wirtschaftsregion, den asiatisch-pazifischen Raum.

Es gibt viele Möglichkeiten für StudentInnen, den Studienort für ein oder mehr Semester zu wechseln: zum Beispiel das Joint-study-Programm, das Angebote für die ganze Welt offenhält.

Wie bewerbe ich mich richtig?

Wichtigste Voraussetzung bei der Bewerbung um einen Platz, z.B. in Australien oder den USA, ist Mut und Geduld im Umgang mit Ämtern. Nachdem Ihr Euch die Bewerbungsunterlagen im BFI (s. Info) besorgt habt, beginnt ein bürokratischer Spießrutenlauf.

Erstens muß man sich für einen Termin beim Englisch-Test („Toefl-Test“) anmelden. Wer hier nicht genug Punkte vorweisen kann, fällt gleich aus der Auswahl. Dieser nach sehr strengen US-Prüfungsmethoden durchgeführte Test sollte dennoch kein Abschreckungsgrund sein. Wer ihn nicht rechtzeitig einreicht, hat die Chance, ihn nachzubringen. Von den Fristen sollte man sich also hier nicht entmutigen lassen. Weiters müßt ihr Euch mindestens zwei Empfehlungsschreiben von Personen der Uni Wien besorgen, was außer Wartezeiten keine Probleme bereiten dürfte. Hier vielleicht ein Insider-Tip: Selbstgeschriebene und nur unterschriebene machen gegenüber jenen von Lehrenden selbst verfaßten keinen guten Eindruck. Problemlos sind für alle BewerberInnen folgende Anforderungen zu erfüllen: Maturazeugnis, Lebenslauf, study-plan (welche Veranstaltungen Ihr belegen wollt) und Nachweis über den Prüfungserfolg (alle Zeugnisse zusammengestellt). Ein sehr guter bis guter Notendurchschnitt kann Eure Chancen sicher

steigern, ist aber nur bei zwei sonst wirklich gleichwertigen Kandidaten ausschlaggebend. Meistens entscheiden aber andere Faktoren: Hierzu zählt sicher das statement of purpose, in dem Ihr detailliert Eure Motivationen und Absichten – in möglichst gutem Englisch – angeben müßt.

Das letztendlich aber ausschlaggebende Kriterium ist ein persönliches Gespräch vor der Kommission, wo dann in direkter Konkurrenz zu anderen über Euer Schicksal entschieden wird. Hier müßt Ihr dann Euch und Eure Absichten nochmals präsentieren. Dabei sind Kostüm und Sakko sicher nicht die entscheidenden Faktoren, obwohl man sich bei dieser Auswahl Sitzung leicht wie auf einem Ball vorkommt. Die Plätze (je ca. 10) werden nach drei Gruppen vergeben: Naturwissenschaften, Jus/Wirtschaft, „Restliche“. Die meisten Bewerbungen kommen aus den Bereichen Wirtschaft und Gruwi/Gewi (Grund- und Integrativ- sowie Geisteswissenschaftliche Studienrichtungen). Beim Bewerbungsverfahren im Jänner 1997 wurden ca. 65 BewerberInnen zugelassen, aus denen dann knapp 30 das Glück hatten, ausgewählt zu werden.

Die **Bewerbungsfrist** endet jedes Jahr im Herbst und gilt für das darauffolgende Winter- und Sommersemester, wobei diese Semester variierende Anfangs- und Endpunkte haben.

Dieter Hernegger
Student der Politikwissenschaft

von Hanoi bis Ho Tschu Minh City

Good Morning Vietnam.

Es war schon Abend, als unsere Lauda-Air Maschine, die sich nach dem Zwischenstopp in Bangkok ziemlich geleert hatte, zur Landung am Flughafen in Ho Tschu Minh City aufsetzte. Unsere Gruppe, die Mitte Dezember 1996 zu einer über vier Wochen dauernden Besuchs- und Studienreise durch Vietnam aufgebrochen war, war einigermaßen aufgeregt. Dies galt sicherlich etwas weniger für Helmut Opletal, Lektor für Asienfragen an unserem Institut und ORF-Journalist und für Christa Esterhazy, Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungszusammenarbeit – AGEZ, die, hatten sie doch schon mehrmals Vietnam besucht, eigentlich schon als erfahrene „Vietnam hands“ bezeichnet werden konnten.

Für meine Frau, Gerda Kramer, Asien-Referentin der Österreichischen Forschungsstiftung für Entwicklungshilfe – ÖFSE, für Peter Kreisky, AK Wien, und den Autor war es aber wie ein neuer frischer Morgen, als sich unser Taxi den Weg durch das abendliche Gewühl von

Radfahrern und „motorbikes“ zu unserem Hotel bahnte, und wir kurz danach zu unserem ersten Spaziergang durch die Stadt mit dem magischen Namen Cholon, vorbei an den Hotels Majestic und International, die Rue Catinat – heute Dong Khoi – (die zuerst durch Graham Greene's wunderbaren Roman „The quiet American“ und dann durch den Krieg der Amerikaner in der

ganzen Welt bekanntgemacht wurde) aufbrachen.

Daß Peter Kreisky und ich ohne Zweifel besonders aufgekratzt waren, hängt mit unserer persönlichen Geschichte zusammen. Wir waren zehn Jahre, von Mitte der 60er Jahre bis zur endgültigen Niederlage der USA in Vietnam (und Kambodscha) Ende April 1975 in der Vietnam-Bewegung aktiv gewesen, hatten Demonstrationen und Teach-In's organisiert, an Kongressen und internationalen Aktivitäten gegen den Vietnam-Krieg teilgenommen. (Im Frühjahr 1965 setzten die Bombardements der USA von Nordvietnam und großen Teilen der von dem kommunistischen Vietcong kontrollierten Südvietnam ein, im Juli 1965 war das Expeditionskorps der USA bereits auf mehr als eine halbe Million GIs angewachsen).

Unserer Aktivitäten in Österreich begannen im Rahmen der Studentenbewegung und der Ostermarschbewegung und führten schließlich Anfang der 70er Jahre zu dem von uns gegründeten „Sozialdemokratischen Indochina-Komitee“. Der

Über Vietnam hatten wir uns mit der Emanzipationsbewegung der ganzen Dritten Welt identifiziert und dort die Chance eines dritten Weges zum Sozialismus erhofft.

Höhepunkt unserer Aktivitäten war die fulminante Demonstration in Salzburg im Mai 1972. Damals war es durch eine breite österreichweite Mobilisierung gelungen, über 3.000 Demonstranten in der Salzach-Stadt zu versammeln und durch die Besetzung der Rollbahn des Flughafens US-Präsident „tricky Dick“ Nixon, damaliger Staatsgast von Bruno Kreisky (Peters Vater), fast eine halbe Stunde länger über der Salzach-Stadt kreisen zu lassen.

Über Vietnam hatten wir uns mit der Emanzipationsbewegung der ganzen Dritten Welt identifiziert und dort die Chance eines dritten Weges zum Sozialismus erhofft. Wie würden wir heute das Land und die vietnamesische Bevölkerung, die für uns viele Jahre im Zentrum unserer politischen Aktivitäten und wohl auch politischen Projektionen gestanden hatten, erfahren und erleben? Im Rahmen dieses Berichtes will ich folgende Aspekte hervorheben.

Von Hanoi bis Ho Tschu Minh City ist es so weit wie von London bis Neapel. 1996 besuchten 1,6 Millionen Touristen das Land.

Information

- Südostasien aktuell, Far Eastern Economic Review und Le Monde, alle in der ÖFSE, 1090, Berggasse 7 einsehbar.
- Bestes aktuelles Buch: Nicholas Nugent, Vietnam. The Second Revolution, Brighton 1996.
- Österreich-Vietnam.-Gesellschaft über H. Kramer

Vietnam

Zwischen Öffnung und politischem Immobilismus

Vietnam ist ein wunderschönes Land, das immer mehr von Touristen aus Asien, aber auch aus Europa entdeckt wird. Die furchtbaren Wunden des „Amerikanischen Krieges“, wie ihn die Vietnamesen nennen, sind zwar immer noch sichtbar – vor allem in Mittel-Vietnam um den 17. Breitengrad, wo die Vegetation immer noch die Spuren der Verseuchung durch die toxischen Herbizide (zwei Millionen Hektar wurden mit „Agent Orange“ und anderen Chemikalien verseucht) und die Bombardements zeigt. Von 1965 - 1973 warfen die USA in Vietnam, Kambodscha und Laos mehr Bomben ab als im 2. Weltkrieg insgesamt eingesetzt wurden. Die Normalisierung und die Umstellung auf den Frieden ist längst vollzogen. Viele junge Leute in Vietnam – von den heute 76 Millionen Vietnamesen sind die Hälfte unter 15 Jahre – wissen kaum mehr etwas über diese schwere Zeit.

Das Land und seine Bevölkerung befinden sich seit mehr als zehn Jahren in einem enormen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruch. 1986, als Michael Gorbatschow den vietnamesischen Kommunisten klar machte, daß an eine Fortsetzung der seit 1975 praktizierten Wirtschaftshilfe der Sowjetunion in der Höhe von mehr als einer Milliarde Dollar im Jahr nicht mehr zu denken war, entschied sich die vietnamesische Regierung für einen totalen Kurswechsel. Die neue Politik, die man „doi moi“ nannte (was soviel wie neues Denken heißt) und die dann vor allem 1989, nach

dem Zusammenbruch der Sowjetunion und des COMECON zu einer durchgreifenden wirtschaftlichen Liberalisierung führte, öffnete das Land zu den westlich orientierten ASEAN-Staaten. Vietnam wurde im Jahre 1995 in die ASEAN-Gruppe (Association of South East Asian Nations) aufgenommen. Die Clinton-Administration begann den unter Reagan und Bush stur aufrechterhaltenen wirtschaftlichen Boykott-Kurs zu überdenken. Im Februar 1994 endete der Wirtschaftsboykott der USA, und im Juli 1995 kam es zur diplomatischen Anerkennung Vietnams durch die Regierung der USA.

Die Öffnung Die wirtschaftliche Öffnung Vietnams hat in den letzten Jahren dazu geführt, daß Vietnam zu der Gruppe der erfolgreichen asiatischen „Tiger-Staaten“ (Südkorea, Taiwan etc.) aufzuschließen beginnt. Die Wachstumsraten der letzten Jahre, unterstützt durch massive Investitionen vor allem aus Taiwan und Südkorea und durch großzügige Entwicklungshilfe (an erster Stelle Japan), sind regelmäßig um die zehn Prozent ausgefallen.

Das Land, das in der düsteren stalinistischen Zeit von 1975 bis 1986, um die Bevölkerung halbwegs versorgen zu können, massiv Reis einführen mußte, ist in den letzten Jahren vor allem durch die Liberalisierung und Entkollektivierung der Landwirtschaft – die Bauern können nun selbst entscheiden, was sie anbauen und verkaufen – zu dem weltweit zweitgrößten Reisexporteur geworden.

Diese Darstellung des positiven wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbruchs in Vietnam, der sich in dem überschäumenden Optimismus und der weltoffenen Haltung der bezaubernden vietnamesischen Bevölkerung widerspiegelt, muß jedoch auch um die dunklen Aspekte, die Probleme und vor allem um einen Hinweis auf den immer noch vorhandenen politischen Immobilismus der politischen Herrschungsklasse ergänzt und erweitert werden.

Die Schattenseiten

Gravierende Probleme ergeben sich aus den Schattenseiten der wirtschaftlichen Öffnung, dem Zurückbleiben der ländlichen Gebiete gegenüber den Städten, der Zunahme von Kriminalität, Drogenkonsum und Korruption (die das größte Problem für die politische Legitimität der kommunistischen Politiker und Bürokraten darstellt).

Darüberhinaus ist bei allen Liberalisierungsbestrebungen – das Land kann ohne irgendwelche Beschränkungen bereist werden, und es werden in den großen Städten die westlichen Zeitungen auf der Straße angeboten – die überaltete Führungsriege in Hanoi immer wieder geneigt, in Sachen Umgang mit oppositionellen Bewegungen, insbesondere mit den Buddhisten und anderen Dissidenten, in die repressive Politik der Vergangenheit zurückzufallen.

Helmut Kramer
Professor am Institut für
Politikwissenschaft

Studien richtungen

ÖH-Wahlen:

Demokratie – langweilig wird sie nie*

Die im Zweijahres-Rhythmus stattfindende Schmierkomödie „ÖH-Wahlen“ ist zu Ende - sie hat sich weitestgehend als Trauerspiel für eine emanzipatorische, linke Politik entpuppt. Denn grob zusammengefaßt haben die im weiteren Sinne „linken“ und „liberalen“ Gruppen zwar auf der Hauptausschubebene (HA) der ÖH Uni Wien dazugewinnen können, die hauchdünne linksliberale Mehrheit am Zentralschuß (ZA) hat aber zu Gunsten der bürgerlich-konservativen und rechten Fraktionen umgeschlagen.

Zwar ist die Grundtendenz, das politische Signal dieses Wahlausganges für uns eine mittlere Katastrophe, auf Institutsebene gibt es aus unserer Sicht aber dennoch einen klaren Erfolg zu verbuchen, denn nach der erfolglosen Kandidatur der ÖVP-nahen AG (Aktionsgemeinschaft) vor zwei Jahren hat sich diesmal mit dem VSStÖ (Verband Sozialistischer StudentInnen Österreichs) eine weitere Fraktion die Zähne an der Studienrichtungsververtretung Powi ausgebissen. (Der Stimmenanteil des liberalen Männerbundes LSF bewegt sich irgendwo unter „ferner liefen“.) Erfreulich, daß wenigstens auf der unmittelbarsten ÖH-Ebene weiterhin eine linke, offene, basisdemokratische und institutsnahe Gruppe mit emanzipatorischem Anspruch gewählt wurde (schönen Dank an dieser Stelle!) und nicht eine kleine Handvoll Möchte-

gern-Funktionäre/Funktionärinnen die Studienrichtungsververtretung übernimmt. Auch wenn letztere noch so viele Halbwahrheiten in ihren Wahlkampfaußendungen verbreiteten.

Ein nettes Detail am Rande: Für den ZA war der KSV (Kommunistischer StudentInnenverband) auf der Politikwissenschaft mit 27 Prozent stimmenstärkste Fraktion, gefolgt von VSStÖ und GRAS. Wenigstens bei uns wurde den Mitte-Rechts-Fraktionen also eine klare Absage erteilt. Auf Fakultätsebene findet die Freude aber schon ihr Ende, nachdem die LIAB (Linkes Alternatives Basisgruppenbündnis) ein Mandat verloren hat, und VSStÖ bzw. LSF dadurch hier zum Zünglein an der Waage einer linken bzw. liberalen Koalition werden. Hier bleibt zu hoffen, daß Michael Eipeldauer (VSStÖ) seine Ankündigung wahr macht, eine linke Politik zu unterstützen und sich dadurch eine eventuelle Kompromiß-Koalition mit dem LSF erübrigt. Am Hauptausschuß der Uni Wien gestaltet sich das Wahlergebnis im Detail folgendermaßen: AG und JES verloren je 1 Mandat, der RFS blieb unverändert. Diese beiden Mandate wanderten zu den linken und liberalen Gruppierungen, die damit bei einem Mandatsstand von 25 gegenüber 20 der AG/JES/ RFS-Front halten und somit eine klare Mehrheit haben. Die WählerInnenentscheidung lautet also ganz eindeutig „linksliberal statt rechtskon-

servativ“, ob die einzelnen Fraktionen dies aber auch umsetzen werden, bleibt aufgrund des unglücklichen ZA-Ergebnisses mehr als fraglich.

Am Zentralschuß gewann der rechtsradikale RFS (Ring Freieiliger Studenten) nämlich ein Mandat, wodurch der 33 : 32 Mandatsstand, der vor zwei Jahren erstmals eine linksliberale Koalition ohne AG-Beteiligung möglich machte, wiederum zu ungunsten des linksliberalen Bündnisses kippte. Die teilweise menschenverachtende Wahlkampagne der AG, die selbst im „profil“ einen kritischen Artikel hervorrief, ging im Endeffekt also auf, und die reaktionären, rechtsradikalen Parolen des RFS fallen innerhalb der Universitäten Österreichs erschreckenderweise zunehmend auf fruchtbaren Boden. Somit stellt sich folgende Ausgangssituation dar: Eine linksliberale Koalition ist im österreichweiten StudentInnenparlament schon rein rechnerisch nicht mehr möglich, eine AG/JES/RFS-Koalition schwer vorstellbar; es sei denn, die AG wollte sich endgültig voll und ganz diskreditieren. Bleibt als naheliegendstes Modell eine AG/LSF-Koalition, bei der – neben der zu befürchtenden inhaltsleeren Servicepolitik, die Anliegen von „Randgruppen“ (Homo/Bi/ Transsexuelle, Frauen, Behinderte ...) wohl völlig links liegen lassen wird – zu befürchten ist, daß sie sich auch auf HA-Ebene erstrecken wird. Ein weiteres denkbares Modell wäre - allen gegenteiligen Beteuerungen im Vorfeld der Wahl zum Trotz - eine

vertretung

Feministische Politikwissenschaft:

Wider den Male-stream

Politikwissenschaft als traditionelle Männerdomäne reproduziert herrschende patriarchale Machtverhältnisse, indem sie systematisch die Kategorie Geschlecht ausblendet und sich geschlechtsneutral gibt. Diese Geschlechtsblindheit läßt sich in zentralen politikwissenschaftlichen Kategorien und analytischen Konzepten nachweisen. Hier liegt der Ansatzpunkt kritischer feministischer Politikwissenschaft, welche einerseits den herkömmlichen Politikbegriff allgemein in Frage stellt und andererseits eigene Konzepte und Begriffe entwickelt.

Fortsetzung

neuerliche AG/VSSStÖ-Koalition à la 1993. Es wird sich weisen, ob den sozialdemokratischen NachwuchsfunktionärInnen ihre inhaltlichen Positionen wirklich wichtig sind, oder ob ihr Agieren neuerlich von reinem Machtstreben regiert wird.

Und jetzt? Es kündigen sich für die nächsten Wochen auf alle Fälle zähe Koalitionsverhandlungen an, die zeigen werden, ob die ÖH nach dem vielversprechenden, ihren gesellschaftspolitischen Auftrag ernst nehmendem Projekt „linke Koalition“ wieder zu einem verkruusteten, inhaltsleeren Serviceunternehmen verkommt.

Gerhard Stöger
Basisgruppe

Mittlerweile kann die Male-Stream-Politikwissenschaft die Erkenntnisse feministischer Geschlechterforschung nicht mehr ignorieren. Trotz immer noch vorherrschender Widerstände seitens der etablierten Politikwissenschaftler(innen), hat sich in den letzten Jahren die Situation insgesamt erheblich verändert. Dies zeigt sich auch an unserem Institut für Politikwissenschaft: Der Frauenanteil am Lehrpersonal ist in den letzten Jahren kontinuierlich angestiegen, im Mittelbau lag er für das Wintersemester 96/97 bei rund 30 Prozent.

Dank gezielter Frauenförderung

bei Personalentscheidungen, insbesondere seit der Wahl von Eva Kreisky zur Institutsvorständin, nimmt feministische Politikwissenschaft mittlerweile einen beachtlichen Stellenwert ein. Nicht zuletzt durch unsere Mitsprache in Studien-, Lehrauftrags- und Habilitationskommissionen ist es gelungen, kritische Wissenschaftlerinnen zu unterstützen und somit feministische Lehrinhalte als wesentlichen Teil des Studiums zu verankern. Beispiele dafür, daß sich ständiges Einmischen in institutionelle Arbeit auch lohnen kann, sind die Besetzung einer neu geschaffenen Assistentinnenstelle mit Birgit Sauer und die Nominierung von Sieglinde Rosenberger als außerordentliche Professorin für Allgemeine Politik-

wissenschaft. Außerdem wurde die Gastprofessur für das Sommersemester 1998 an Ruth Seifert (Forschungsschwerpunkt: Militär und Geschlecht) vergeben.

Um weiter „Raum“ für Frauen zu beanspruchen – und das nicht nur im institutionell-wissenschaftlichen Rahmen – veranstalteten wir Frauen der Basisgruppe Politikwissenschaft im März ein Frauenfest am Institut. Unter dem Motto: „Tanzt, tanzt! Vor allem aus der Reihe!“ feierten Lektorinnen, Professorinnen und Studentinnen verschiedener Studienrichtungen die „Feminisierung“ unseres Instituts. Darüberhinaus organisierten wir im April einen Selbstverteidigungskurs für Frauen und werden aufgrund des großen Interesses im nächsten Semester einen weiteren anbieten.

Auch wenn wir am Institut einiges zum Positiven verändert haben, stellen die herrschenden neoliberalen Politiken (Sparmaßnahmen, Kürzungen im Bildungsbereich, antifeministischer Backlash) die Teilerfolge immer wieder in Frage. Daher ist es notwendig, das bisher Erreichte abzusichern und – davon ausgehend – mehr zu fordern!

Andrea, Doris, Evi, Karin, Pamela
Basisgruppe

Tanzt, tanzt,
tanzt!
Vor allem aus der
Reihe

Mag.

Fast täglich sind wir in den Medien mit den neuesten Entwicklungen am Arbeitsmarkt konfrontiert. Horrende Prognosen wechseln sich ab mit Berichten über Entspannung, gepaart mit Analysen von als gerade zukunftssträftig geltenden Branchen. Ebenso zahlreich sind die Berichte über Aufnahmestops und weiteren Personalabbau, Rationalisierungsmaßnahmen, Budgetkürzungen sowie die politischen Beteuerungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen. Neben allgemeinen Höhen und Tiefen, die derzeit viele AkademikerInnen durchlaufen, ergeben sich meiner Ansicht nach für PolitologInnen spezifische Probleme. So machte sich bei meiner Arbeitssuche vor allem der Umstand eines nicht klar definierten Berufsbildes „Politologe/in“ verstärkt bemerkbar.

Zahlreichen Blindbewerbungen und Bewerbungen zu den wenigen Inseraten und Stellenausschreibungen, die für PolitologInnen interessant sind, einige Vorstellungsgespräche sowie eine Vielzahl an standardisierten Absagen ohne Aussagekraft – das ist der Hintergrund für eine persönliche Auseinandersetzung mit der arbeitsmarktpolitischen Situation von PolitologInnen. Nachfolgender, subjektiver Lagebericht hat zum Ziel, über die Thematisierung von persönlichen Erfahrungen einen weitergehenden Diskussionsprozeß zum Berufsbild von PolitologInnen anzuregen.

Klischees und undifferenzierte Vorstellungen über Sozialwissenschaften betreffen auch PolitologInnen. So macht sich bei der Arbeitssuche vor allem der Umstand eines nicht klar definierten Berufsbildes bemerkbar.

Bei der Arbeitssuche stehen PolitologInnen vor besonderen Problemen.

phil.

Berufsbild. Werden StudienanfängerInnen nach ihrem Berufsbild gefragt, so sind die Antworten vielfältig - einen „standardisierten Karriereplan“ wie etwa bei Medizin gibt es nicht. Daraus erwachsen zum einen Abgrenzungsschwierigkeiten zu klar definierten Studienrichtungen und zum anderen die Frage (meist der Eltern): Was fange ich später einmal mit diesem Studium an? Um dem zu entkommen, wählen viele ein passendes Zweifach, vor allem Publizistik und Kommunikationswissenschaft. Diese Annahme unterstützt auch eine kürzlich am Institut durchgeführte Studie zu den Tätigkeitsfeldern von PolitologInnen (*siehe Politix 2/97*), wonach ein großer Teil von AbsolventInnen im Bereich PR und Medien arbeitet. Das ist zunächst nichts Verwerfliches, denn die Wahl für ein Studium soll vor allem von persönlichen Interessen und nicht in erster Linie von Berufs- und Karriereaussichten geleitet werden. In der Folge tragen inhaltliche Schwerpunkte wesentlich zur Konkretisierung der eigenen Berufsvorstellungen bei.

Legitimationsdruck. Diese Entwicklung setzt aber nicht unbedingt auch außerhalb des Institutes ein. Die in der Öffentlichkeit gängigen Klischees und undifferenzierten Vorstellungen über Sozialwissenschaften werden noch immer auf das Studium der Politikwissenschaft übertragen. Zudem trifft man bei der Jobsuche noch immer häufiger auf AbsolventInnen anderer Studienrichtungen als auf StudienkollegInnen. Aus diesen Gründen ist der allgemeine Erklärungsbedarf noch sehr groß. Bei meinen bisherigen Vorstellungsgesprächen ging es daher vorwiegend nicht um meine persönlichen Qualifikationen, sondern um fachliche Voraussetzungen. Des öfteren wurde ich gefragt, was man/frau bei diesem Studium so lernt. Beispielhaft war auch die Frage, warum ich glaube, auch als Politologin Themen wie zum Beispiel die Wirtschafts-

und Währungsunion (als Nicht-Volkswirtin) bearbeiten zu können. Besonders wichtig ist dabei das "auch", denn in kaum einer Stellenanzeige wird gezielt nach PolitologInnen gesucht.

Natürlich kann ein nicht klar definiertes Berufsbild auch Vorteile haben. So ist im allgemeinen das Berufsfeld für GeneralistInnen sicherlich breiter abgesteckt. Möglichkeiten, in verschiedensten Branchen einen Zugang zu finden, sind mitunter größer. Dies bringt aber gleichzeitig den Nachteil mit sich, für keinen Beruf im speziellen qualifiziert zu sein. Schwierigkeiten ergeben sich vor allem dann, wenn von Seiten der Wirtschaft Fachleute mit spezifischem Fachwissen gefordert werden. Hinzu kommt, daß sich derzeit aufgrund der verschärften Konkurrenzsituation pro freier Stelle etwa 300 Personen bewerben. Damit haben nur jene Aussicht auf ein Vorstellungsgespräch, deren fachliche Ausbildung und praktischen Erfahrungen dem gestellten Anforderungsprofil haargenau entsprechen - oder diejenigen, die über persönliche Kontakte verfügen.

Öffentlichkeitsarbeit. Um diese Zugänge zu öffnen, ist eine verbesserte Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf einen Abbau des zum Teil schlechten oder nur rudimentär vorhandenen Bildes der Politikwissenschaft auf allgemeiner Ebene unerlässlich. Dazu zählt vor allem ein verstärktes Engagement in der Öffentlichkeit für die Inhalte und bereits vorhandenen Qualitäten des Studiums, wie zum Beispiel das hohe Maß an geistiger Flexibilität, Lernfähigkeit, Erfahrungen mit Teamarbeit und Selbstorganisation. Insbesondere das gängige Vorurteil einer prinzipiellen Praxisferne muß abgebaut werden. Wie auch die Studie von Heinrich et al.* beweist, ist das während des Studiums Gelernte im Beruf durchaus verwendbar. So würden sich auch viele der befragten AbsolventInnen im nachhinein noch einmal für das gewählte Studium entscheiden.

Zukunft. Gerade die im Moment schwierige Situation drängt dazu, unkonventionelle Lösungen für langfristige Probleme zu suchen. Wir stehen vor einer Umbruchsituation im universitären wie auch wirtschaftlichen Bereich, und letzten Endes liegt es an uns allen, aktiv zu werden. Wie eine Kollegin unlängst bemerkte, versuchen derzeit viele ein grundsätzlich strukturelles Problem auf individuelle Weise zu lösen.

Daher sind alle aufgerufen, Netzwerke zwischen Studierenden, AbsolventInnen und Lehrenden zu bilden, die Kommunikation und den Informationsfluß zu intensivieren, um gemeinsam kreative Vorschläge und Ideen umzusetzen. Bei dieser Zusammenarbeit darf aber nicht ausschließlich die Verbesserung der persönlichen Jobaussichten im Vordergrund stehen. Dies wäre viel zu einseitig. Vernetzung bedeutet vor allem, die Möglichkeiten zum politischen Meinungs-austausch zu erweitern und die persönliche, fachliche Weiterentwicklung zu fördern.

Viele versuchen, ein grundsätzlich strukturelles Problem auf individuelle Weise zu lösen. Daher sind alle aufgerufen, Netzwerke zwischen Studierenden, AbsolventInnen und Lehrenden zu bilden, die Kommunikation und den Informationsfluß zu intensivieren, um gemeinsam kreative Vorschläge und Ideen umzusetzen.

Podiumsdiskussionen, Workshops, Vortragsreihen sowie eine verbesserte Informationsverbreitung für all jene, die nicht mehr regelmäßig am Institut sind, gehört ebenso dazu wie die permanente Reflexion politischer Entwicklungen. Gerade die Politikwissenschaft ist kein Fach, das nach Abschluß der Diplomprüfung endet.

Karin Grundböck
Politologin

*H.G. Heinrich/G. Matjan/B. Weiss: Glückliche PolitologInnen?, in: Österreichische Zeitschrift f. Politikwissenschaft, 25 (1996), 1, S. 67-79

akademisch
jung,
dynamisch
suche
Arbeit

Rechtsextremer Vormarsch im Netz
*Keine Verteufelung des neuen Mediums,
 aber die Einführung internationaler
 Spielregeln ist gefragt* (C. Pirschner)

Es gibt immer Gründe für eine Zensur. Sicherheit ist einer der obersten. Es gibt immer Gründe gegen eine Zensur. Reife, Verantwortung, Freiheit wären die Hintergründe. Für Zensur werden meist Schutzgründe angeführt. Bei uns wird besonders der Jugendschutz als Vorwand genommen, um gegen bestimmte Inhalte und deren Verbreitung vorgehen zu können. Kinder und Jugendliche wachsen in einer realen Welt auf, in der die mediale nur einen und nicht den zentralen Aspekt ausmacht. In dieser realen Welt obliegt die Fürsorge zuerst den Vormündern, dann erst den anderen Sozialisationsinstanzen, dann erst, wenn überhaupt, der Öffentlichkeit, vertreten durch staatliche Einrichtungen usw. Zensur ist Symptombehandlung. Die strikte Zurückweisung von jeder Art Zensur ist nicht gleichbedeutend mit dem Akzept oder gar der Unterstützung dessen, was nicht zensuriert wird. Es ist ein wesentlicher Unterschied für selbstverständlich anzunehmen, daß in einem „freien“ Staat die Meinungsäußerung „frei“ ist, also überhaupt keine Zensur stattfindet und, ohne jeden Widerspruch dazu, gleichzeitig gegen Kommunikatoren jener Inhalte vorzugehen, die bestimmte Gesetze verletzen. Auch in den USA, mit der starken Tradition des First Amendment, gibt es die Möglichkeit, nicht nur gegen Verleumdung vorzugehen, sondern gegen Aufruf zu verbotenen Gewalttaten (nicht jede Gewalttat ist ja verboten!) oder bestimmten kriminellen Handlungen. In Zeiten gesellschaftlicher Wandlungen und Krisen ist es für viele naheliegend, vordergründige Sicherheitsforderungen aufzustellen und entsprechende Exekutionen durchzuführen. Sie sind immer

Ausweis einer Schwäche, einer Angst. Es gibt keine allumfassende oder wirkliche Sicherheit. Gerade aus einem gesteigerten Unsicherheitsgefühl ist so manches nach Sicherheit rufende, hysterische Verhalten zu erklären. Die Unterdrückung sogenannt gefährlicher Meinungen, Lügen (Auschwitzlüge!), Heräsien, (nicht nur in der röm. kath. Kirche) Gotteslästerungen, staatsgefährdender Ideen usw. geht einher mit der Hatz auf Porno, Sex und jener Sozialformen, die nicht gerade der herrschenden Moral entsprechen. Das verlogene Geschwätz von Kinder- und Jugendschutz, dem die Alltagsrealität nicht nur der Medienindustrie, sondern überhaupt der Konsumgesellschaft Hohn spricht, wäre alleine noch kein Grund, die Zensur zurückzuweisen. Es soll auf Zensur auch nicht deshalb verzichtet werden, weil sie nicht überall wirklich exekutierbar ist. Aus einer emanzipatorischen Vernunft heraus ist jeder Zensur zu widersprechen. Zensur verletzt die Menschenwürde! Leute, die vor lauter Sicherheitswünschen nach Aufpassern, Polizisten und Richtern rufen, ja von „Hygiene“, Reinigung und Ausmerzungen reden, muß klargemacht werden, wie zutiefst inhuman, menschenverachtend, faschistoid diese ihre Haltung ist: sie bereiten „geistig“ den Terror vor, den die Tugendhaften, die Inhaber der Wahrheit, seit je als Ziel ihrer Politik, ihres Wirkens sahen. Diese „Hygiene“ bringt jene „Unreinen“ um, die nicht der Glaubensgemeinschaft angehören. Früher waren das Autoren, deren Bücher man zuerst verbrannte, bevor einige von ihnen selber drankamen, heute sind es Gotteslästerer (nicht nur bei den Mullahs), Staatsfeinde (nicht nur in China), Terroristen und

Brief

Reaktionen, Meinungen

Banditen (nicht nur im Nahen Osten, in Anatolien etc.) oder sozial Aussätzige (Drogenabhängige, wenn sie nicht der Oberschicht angehören, Staatskünstler, Intellektuelle). Bezüglich dem Internet ist, etwas schadenfreudig, anzumerken, daß diese Einrichtung, welche ja ihren Ursprung im Militär hatte und konzipiert wurde, um sogar einen GAU bzw. nukleare Kriege zu überstehen, in der Gesellschaft einmal installiert, sich nicht mehr wegoperieren läßt. Jetzt greift keine nationale Zensur mehr. Jetzt sind der nationalen Souveränität endlich einmal von einer anderen Seite her Grenzen gesetzt, die, paradoxerweise, das potentiell (positiv) Subversive des Netzes ausmachen: es ist nicht mehr zentral steuer- und damit zentral kontrollierbar. (Vgl. auch <http://www.vpnet.at/handl/seminar>)

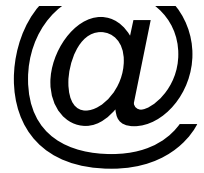
Haimo L. Handl

Lektor am Institut für
 Politikwissenschaft

Reaktion auf Heimo Handl

Hier in Politix moderater, aber auf einer Website heftig polemisch reagiert Handl auf meinen Artikel. U.a. legt er mir inhumanes, faschistoides Gedankengut nahe. Diese Fehlinterpretationen weise ich entschieden zurück. Mir ging es primär um die Darstellung der Problematik des Rechtsextremismus im Netz sowie um aktuell thematisierte, teils umstrittene Möglichkeiten des rechtlichen Umgangs damit. Ich beziehe vereinzelt Stellung im Artikel, sehe meine Meinung diesbezüglich aber

wechsele



Redaktion Politix c/o
birgit.sauer@univie.ac.at

LeserInnenbriefe, emails

als keineswegs abgeschlossen. Die Sanktionierung rechtsextremistischen Gedankenguts scheint mir diskutierenswert, gerade angesichts unserer noch zu wenig verarbeiteten NS-Vergangenheit. Damals sind weite Teile der Bevölkerung auf Propaganda hereingefallen. Was bislang folgte, war kaum breites Aufarbeiten von begangenen Fehlern. Ich stimme zu, daß das Zensieren rechtsextremistischen Inhalte lediglich Symptombehandlung bedeutet, im Widerspruch zur Pressefreiheit steht. Schließlich betont Handlung emanzipatorische Reife, Verantwortung und Freiheit als zentralen Hintergrund im Umgang mit dem Internet bzw. Rechtsextremismus. Doch Menschen sind nicht per se emanzipiert, sondern können dies durch individuelle, soziale Lernprozesse, durch reflexive Aneignung sozialen Erbes werden. In diesem Zusammenhang ist die Auseinandersetzung mit der Frage der (Stärkung der) Souveränität von Individuen aus politologischer, kommunikationswissenschaftlicher bzw. medienpädagogischer Sicht entscheidend: Wie ist es um die Medienkompetenz der Menschen bestellt (besonders hinsichtlich neuer Medien?) Welche Sozialisationen, welche Lernerfahrungen fördern souveränen Umgang mit Medien? Wie sieht eine emanzipatorisch orientierte Medienpolitik aus? usw. Mit dem bloßen Verweis auf Reife, Verantwortung und Freiheit ist es nicht getan.

Claus Pirschner
Student der Politikwissenschaft

Politix 2/97

Biologismus als Politik?

Biologistische Erklärungsansätze für menschliches Handeln haben wieder Saison (Gerald Steinhardt).

Zwei neue Professuren

Ein junger, engagierter Professor setzt sich zweifellos mehr für die Studierenden und ihre Belange ein, als dies von einem Professor zu erwarten wäre, der ohnehin in wenigen Jahren seiner Pensionierung entgegenseht (Studienrichtungsvertretung).

Unversehens mutiert hier eine biologische Kategorie zu einer motivationalen, wird „Jugend“ mit Engagement und Einsatz, „Alter“ mit Trägheit und Desinteresse gleichgesetzt. Denn weder die Qualifikation, noch das Engagement der beiden Bewerber werden in diesem Satz diskutiert und gegeneinander abgewogen. Es ist das Alter, eine biologische Kategorie, aus der Rückschlüsse über Wesen und Verhalten der beiden Bewerber gezogen werden. In dieser Argumentationsweise offenbart sich eine Entwicklung, die in den letzten Jahren im gesellschaftlichen Diskurs immer häufiger zu beobachten ist. Neben Geschlecht und Rasse/Ethnie wird Alter zusehends mehr zu einer Erklärungsvariablen des biologistischen Diskurses. So werden z.B. Finanzierungsprobleme des Sozialstaates auf die Alterung der Bevölkerung zurückgeführt, obwohl die Finanzierung des Sozialstaates nicht von der demographischen Entwicklung, sondern in erster Linie von der ökonomischen Entwicklung, ins-

besondere der des Arbeitsmarktes, und von der Organisation des Sozialversicherungssystems abhängig ist. Desgleichen läßt sich zeigen, daß die Kostensteigerungen im Gesundheitssystem in den letzten Dekaden nicht auf die Zunahme älterer Menschen in der Bevölkerung, sondern auf Faktoren im Gesundheitssystem selbst zurückzuführen sind. Doch verschwinden diese systemimmanenten Komponenten hinter einem biologistischen Determinismus, der alte Menschen zum unproduktiven, kostenintensivierenden und letztlich gesellschaftsschmarotzenden Teil der Bevölkerung stempelt.

Aus politikwissenschaftlicher Sicht scheint es daher geboten, die Reflexionen über die gesellschaftlichen und politischen Wirkungen von Sexismus und Rassismus um jene von „Ageismus“ zu erweitern.

Gerda Neyer
Institut für Demographie
der Österreichischen Akademie
der Wissenschaften
Lektorin am Institut für
Politikwissenschaft

Wir freuen uns

über Ihre Reaktionen, Beiträge,
Kommentare und Kritiken.
Kontakt Dr. Birgit Sauer
Institut für Politikwissenschaft
Währinger Straße 17
1090 Wien
T 43-1/40 480/684
F 43-1/40 480/683

Euro Bleiben Frauen auf der Strecke?

Von Waltraud Kaserer

Wirtschaftspolitisch wurde der Weg zum Euro längst beschritten. Gesellschaftspolitisch ist noch eine weit längere Distanz zurückzulegen. Der Platz der Frauen auf diesem Weg blieb bisher ungeklärt. Und die Gefahr ist, daß sie dabei teilweise auf der Strecke bleiben.

Gastkommentar

Hätten sie sich im Frühjahr für oder gegen die Einführung des Euro zu entscheiden gehabt, hätten 47 Prozent der Frauen dagegen und nur 37 Prozent dafür gestimmt. Besonders deutlich war die Ablehnung bei den 51- bis 65jährigen und die Zustimmung bei den 26- bis 35jährigen Frauen. Je höher die formale Bildung, desto größer ist die Anzahl der Befürworterinnen. Dies ergab ein Studie, die Ende April 1997 von der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik und der sozialwissenschaftlichen Studiengesellschaft

präsentiert wurde. Bei den Männern hingegen überwiegen die Zahl der Ja-Sager: 46 Prozent hätten für die Einführung der gemeinsamen europäischen Währung gestimmt und nur 42 Prozent dagegen. Von den Studienautoren wird dies damit begründet, daß Frauen grundsätzlich nicht so „neuerungssüchtig“ seien wie Männer. Außerdem seien Frauen beim Einkaufen beispielsweise stärker betroffen und hätten nun wahrscheinlich Angst, daß sie bei der Preisauszeichnung in Euro kein Gefühl mehr für teuer und preiswert haben könnten, lautet die Interpretation. Dies drückt exakt den Stand der Forschung zu diesem Thema aus: Qualitative Untersuchungen gibt es noch keine. Solche befinden sich auch bei den Wirtschaftsforschungsinstituten nicht in Vorbereitung.

„Es gibt keine speziellen geschlechtsspezifischen Unterschiede“, lautet die Antwort eines (männlichen) Euro-Experten auf die Frage nach dem Grund dafür. Auch das Büro der Frauenministerin Mag. Barbara Prammer wurde „zum ersten Mal mit dieser Frage konfrontiert“. Das sei ein „noch undiskutiertes Thema“. Nun stellt sich tatsächlich die Frage, ob es überhaupt frauenspezifische Auswirkungen der Euro-Einführung gibt. Alles bisher

„Es gibt keine geschlechtsspezifischen Unterschiede“

Euro-Experte, männlich

Gesagte greift jedenfalls zu kurz. Auch wenn erst in einem Jahr formell über das Ja oder Nein zur gemeinsamen Währung entschieden werden wird, das schnelle und intensive Sparen zur Erreichung der Maastricht-Kriterien zeigt bereits seine Folgen: Wenn es knapp wird, werden als erstes die Frauen vom Arbeitsmarkt verdrängt, sofern sie im Fall vieler junger Akademikerinnen überhaupt Fuß fassen können. Von der Verbesserung der Arbeitslosenrate im April 1997 haben auch nach Bereinigung um saisonale Einflüsse ausschließlich männliche Österreicher profitiert.

Waltraud Kaserer

Redakteurin im Wirtschaftsressort „Der Standard“ und Studentin der Politikwissenschaft

Institut für Politikwissenschaft

Währinger Straße 28

Währinger Straße 17

Grund- und Integrativwissenschaftliche Fakultät (GRUWI)

Internet: <http://www.univie.ac.at/politikwissenschaft/>

Sekretariat Tel. 317 13 67/16

Einreichen von Fächerkombinationsanträgen,

Prüfungspässen, Anrechnung von Prüfungen

Offen: Mo - Fr 10 - 12, Mo, Do 14 - 16.30

Administration Tel. 317 13 67/15

Verkauf von Kopierkarten für den Institutskopierer,

Postfächer der Lehrenden zur Hinterlegung von

Seminararbeiten oder Benachrichtigungen

Offen: Mo, Do 10 - 12 und 14 -16.30; Di, Mi, Fr 10 - 12

Bibliothek Tel. 317 13 67/25

Präsenzbestand; Entlehnung bis zu einer Woche

Offen: Mo, Fr 10 - 16; Di, Mi, Do 10 - 19

Sekretariat Tel. + Fax 40480/683

Offen: Mo-Fr 9 - 15.00

Computerraum Benützung nach Anmeldung
im Sekretariat Mo - Fr 9 - 15.00

Redaktion Politix Tel. 40480/684

Schwerpunkte in Lehre & Forschung
Politische Theorie und Ideengeschichte,
politisches System Österreichs,
Vergleichende Politikwissenschaft,
Internationale Beziehungen, politische
Kulturforschung, politikwissenschaftliche
Methoden, Frauen- und Geschlechterforschung,
Europäische Union.

Institut für Staats- und Politikwissenschaft

Hohenstaufengasse 9/7

Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät (SOWI)

Sekretariat Tel. 40103/3358

Offen: Mo, Di, Do 8 - 16; Mi, Fr 8 - 12.30

Fachbibliothek

Präsenzbestand; Entlehnung für einen Tag,

auch übers Wochenende möglich

Offen: Mo, Di, Do, Fr 10 -15

Schwerpunkte in Lehre & Forschung

Politisches System Österreichs,
Demokratie, Korporatismus und
Faschismus; Wirtschafts-, Sozial- und
Arbeitsmarktpolitik; Europäische
Integration

Tip Neu erschienen: Der Special Newsletter
Forschungsfinanzierung. Der Leitfaden
beschreibt, welche Stellen unter welchen formalen und
inhaltlichen Bedingungen politikwissenschaftliche
Forschungsprojekte finanzieren. Erhältlich in der
Politeia oder direkt bei der ÖGPW, Tel.: 59991-166.
Für ÖGPW-Mitglieder: ÖS 35,-, für Nichtmitglieder:
ÖS 80,-.

Buchhandlung Politeia

Buchhandlung für
wissenschaftliche Literatur

Währinger Straße 23

Tel. 402 55 30